

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis per Nummer 10 Pf.;  
 Vierteljahr 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-  
 nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Voll-  
 abonnementspreis 1,10 Mark pro Monat.  
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-  
 Preisliste. Unter Kreuzband für  
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn  
 2 Mark, für das übrige Ausland  
 3 Mark pro Monat.

Erhältlich täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne  
 oder deren Raum 40 Pf. für  
 politische und gesellschaftliche Vereins-  
 und Versammlungs-Anzeigen 25 Pf.,  
 „Kleine Anzeigen“, das erste (zeit-  
 gedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere  
 Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben  
 zählen für zwei Worte. Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-  
 und Feiertagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 27. Juni 1905.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

### Herrenbergrecht.

1.

Am Montagabend sind die Kommissionsberichte des preussischen Herrenhauses über die Vergesetzgebung erschienen. Wenn es noch eines Beweises bedürft hätte, daß die Vergearbeiterverhältnisse behandelnde Vorlage in der Fassung, wie sie aus den Händen des Abgeordnetenhauses hervorgegangen ist, für die Vergearbeiter weniger als verwerflich ist, so erhält das aus der verschiedenen Behandlung, welche die geborenen Gesetzgeber Preußens einerseits der Vorlage über die Besetzung, andererseits der über die Arbeiterverhältnisse haben angedeihen lassen. Während man in einem 20 Seiten umfassenden ausführlichen Kommissionsbericht der Öffentlichkeit mitteilt, aus welchen Gründen man das Vergesetz zwar bekämpft, es aber schließlich doch, wenn auch mit geringer Mehrheit — die endgültige Mehrheit verhielt sich wie 12:7, einzelne Verschlechterungen wurden aber nur mit 10:9 Stimmen abgelehnt — angenommen habe, so gibt über das Schicksal des Stillelegungsgesetzes ein einziges loses Blättchen Auskunft, das besagt: der mündliche Kommissionsbericht über dieses Gesetz würde auf die Tagesordnung einer der nächsten Plenarsitzungen gesetzt werden; und in Klammern wird außerdem bemerkt, daß die Beratung der Kommission über den Gesetzesentwurf infolge einer Erklärung des Ministers für Handel und Gewerbe noch nicht hätte zu Ende geführt werden können!

Das Stillelegungsgesetz enthält nämlich, wenn auch nur ganz leise und schwächern, über das jetzige Recht etwas hinausgehende Bestimmungen, welche das willkürliche Schalten in der Vergewerkschaft zu beschränken suchen. So geringfügig der Eingriff der Staatsgewalt gegen die Willkür der Kapitalisten auch in diesem Falle ist, so hat das doch genügt, um die Herren zu so heftiger Opposition gegen die Vorlage zu reizen, daß die Vorlage nicht einmal in der Kommission zu Ende beraten wird, sondern von den Herrenhäuslern vor der Geburt erstirbt wird. Dagegen hat man sich endlich doch entschlossen, das Vergesetz zu akzeptieren, obwohl man gegen die ganze Aktion die bekannten prinzipiellen Bedenken hatte, weil man eben sich darüber klar geworden war, daß dieses Gesetz dem Unternehmertum kein Haar kränkt, dagegen geeignet sei — nach der Hoffnung der Mehrheit der Herren — wenigstens die christlichen Arbeiter zu täuschen.

Der Kommissionsbericht, in dem die Herrenberatungen des Vergesetzgesetzes niedergelegt sind, ist ein klassisches Dokument preussischer Sozialpolitik. Kaum aus einem anderen Altersstück geht mit so brutaler Offenheit hervor, daß tatsächlich das Schicksal der großen Masse in Preußen Deutschland noch von Elementen bestimmt wird, deren ganze Weltanschauung ohne jede Erschütterung und Abschwächung im Zeitalter des Feudalismus wurzelt. Wie man geborener Gesetzgeber ist — dieser Grundgedanke durchleuchtet den ganzen Kommissionsbericht — so ist man auch geborener Arbeiter. Jene herrschen, diese gehorchen; jene genießen, diese arbeiten. Freier Arbeitsvertrag bedeutet, daß der Staat sich ja nicht einmische, wenn die Macht des Unternehmertums den von Geburt dazu bestimmten Willen und wechsellosen Arbeitsflaven seine Bedingungen schonungslos diktiert; das ist der einzige „Fortschritt“: die feudale Leibeigenschaft wird mit der Phrasologie des Liberalismus begründet: „freier Arbeitsvertrag“! Wie es Tiere gibt, die in dunklen Höhlen geboren werden und dort leben, ohne jemals das Sonnenlicht zu erblicken, so will es auch die Weltordnung, daß es Vergearbeiter gibt, die unter Tage ihr Leben verbringen, um anderen zu läppig prassenden Dasein die Möglichkeit zu geben. Während doch so ziemlich die ganze Welt sich darüber allmählich einig geworden ist, daß man den Arbeitern wenigstens das Recht nicht verweigern darf, ihre Lebensbedingungen aus eigener Kraft zu verbessern, leben die „Herren“ Preußens der kaum noch russischen Anschauung, daß solch freveler Versuch im Grunde Aufsehung gegen Recht und Ordnung sei.

Der Kommissionsbericht ist auch infolgedessen von Wichtigkeit, als er für die Interpretation des vom Abgeordnetenhaus angenommenen Gesetzes Aufschlüsse gibt, die jeden Zweifel darüber beseitigen, daß tatsächlich das Gesetz für die Arbeiter leerer Dunst ist. So ist z. B. bisher nicht klar gewesen, wie die Bestimmung zu deuten sei, die das aktive und passive Wahlrecht zu den Arbeiterauschüssen an eine gewisse „ununterbrochene“ Arbeitszeit bindet. Der Minister Müller hat jetzt auf eine Frage der „Herren“ von der Kommission erklärt, daß Kränklichkeit für eine Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses nicht angesehen werden könne, wohl aber Ablehnung des Arbeiters und Streichung desselben aus der Arbeiterliste, wenn er unter Kontraktbruch freit. Diese Auffassung ist bisher, wenn wir nicht irren, von den Zentrumsanwälten des Vergesetzes bestritten worden. Nun hören wir, daß Streik unter Kontraktbruch eine Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses im Sinne des Gesetzes bedeutet, daß somit nach einem allgemeinen Streik überhaupt keine aktiv oder passiv Wahlberechtigten mehr auf den Vergewerken zu finden sein würden — mit Ausnahme der Streikbrecher. Es würden also in solchem Falle hant Arbeiterschichten Streikbrecher-ausschüsse gewählt werden, und statt einer Interessenvertretung der Arbeiter eine Organisation gegen die Arbeiter zugunsten der Unternehmer geschaffen werden. Es ist klar, daß die Herrenhäusler auf solche „Arbeiterschüsse“ in der Tat sich einlassen können!

Die Regierung tat überhaupt alles, um durch de- und wehmütige Interpretationen zu beweisen, daß der Gesetzesentwurf, den das Abgeordnetenhaus der Regierung gnädig in den Mund gedrückt hat, um sie zum Schweigen zu bringen, keinerlei Bedeutung habe. Allgemein wurde in der Kommission die Regierung gerüffelt, daß der „Zeitpunkt der Einbringung der Gesetzesvorlage als unglücklich bezeichnet werden müsse. Es habe den Anschein gehabt, als ob eine plötzliche Sinnesänderung in der Auffassung der Staatsregierung eingetreten

sei.“ Herr Müller befolgte gegenüber diesen und ähnlichen Einwürfen die für einen preussischen Minister höchst charakteristische Taktik, vor der Gefahr zu warnen, daß das Reich mit der Materie betraut werde. „Die Staatsregierung verteidigt“, sagte er, „noch heute die Auffassung, daß die Vergesetzgebung wenn irgend möglich und so lange als möglich der Landesgesetzgebung vorbehalten bleiben müsse; und die Gefahr, daß die Materie im Reichstag erledigt werde, sei für ihn eine der Gründe gewesen, gerade den Moment für die Einbringung der Vorlage zu wählen, den er gewählt habe.“ Und er unterstreicht diese Begründung nochmals, indem er ausführt: „Die Gefahr, die Gesetzgebung ins Reich versetzt zu werden, sei allerdings für den Vergewerker von einer solchen Wichtigkeit, daß jeder Schritt, diese Gefahr zu verhüten, sich von selbst rechtfertigt.“ Es ist ein Skandal, daß ein Mitglied des Bundesrates des Deutschen Reiches, zu dem sich doch schließlich auch ein preussischer Minister zählt, in offener Verhöhnung der Reichseinheit und des Reichstages es als eine „Gefahr“ bezeichnet, daß die vom allgemeinen Wahlrecht gewählten Volksvertreter und nicht die von der Geburt zur Gesetzgebung bestimmten Gesetzgeber des preussischen Herrenhauses über die wichtigsten Fragen des Volkes entscheiden. Damit wird das preussische Herrenhaus von einem Minister über den Reichstag gestellt, der preussische Partikularismus in seiner absurden Form als das Ideal gegenüber der „Gefahr“ der Reichseinheit proklamiert. Welchen inneren Wert hat da noch die deutsche Einheit, wenn es ein preussischer Minister wagen darf, die höchste Instanz Deutschlands auf diese Weise zugunsten einer Körperlichkeit auszusprechen, wie sie in der zivilisierten Welt nicht zum zweitenmal vorkommt.

Die Bemühungen der Regierung, durch Anpassung an den Gedankenkreis der Herrenhäusler sich selbst als standesgemäß geborene Staatsmänner einzuschmeicheln, hatten wenig besänftigenden Erfolg. Mit ausgefuchter Bosheit verspottete der Referent, der durch seine Herrenhausrede herabstammend geworden Dr. v. Burgsdorff, die Regierung des Herrn Müller, indem er ihr sozialpolitisches Getue einfach dadurch dem Gelächter preisgab, daß er erzählte, wie es die Regierung denn selbst als Unternehmer treibe. Bei dieser Gelegenheit machte Herr von Burgsdorff eine Mitteilung, die geeignet ist, höchstes Aufsehen zu erregen. In dem nämlich mit einem großen Aufwand von Gründen die Weidhaltung des Kullens verteidigte, höhnte er den Herrn Müller mit folgender Enthüllung: „Wenn eingewendet werde, daß man im Saarrevier ohne das Kullen auskommt, so sei dagegen zu sagen, daß dort der Fiskus fast der alleinige Arbeitgeber sei. Er stehe mit den Stummischen Werken im Kartell und die vom Fiskus abgekehrten Leute würden bei den Stummischen Werken nicht aufgenommen und umgekehrt auch. Außerdem besähe man noch die Disziplinarmaßregel der „Ablegung auf sechs Tage“... Gäbe man den rheinisch-westfälischen Bergwerksverwaltungen dieselben Disziplinarmaßnahmen wie sie der Fiskus im Saarrevier habe, so kann man allerdings auf das Bagatellen verzichten. Aber in Westfalen bekommt jeder ausgeperrte Arbeiter ein Haus weiter andere Arbeit, denn die Anfrage nach Arbeitern sei immer noch sehr groß.“ Herr v. Burgsdorff hat also in der Kommission behauptet, daß die preussische Regierung selbst als Unternehmer die durch die Gewerbe-Ordnung verbotene Verrückterklärung im fiskalischen Bergwerk zum System erhoben habe. Die einst mit Zucht und bedrohte Verhinderung an freiwillige Arbeit wird vom preussischen Fiskus auf Grund eines förmlichen Vertrages mit der Privatindustrie konsequent durchgeführt. Wer in den Stummischen Werken entlassen ist, findet in dem fiskalischen Saarrevier keine Arbeit mehr, ebenso wie die Stummischen Werke keine abgekehrten Fiskusarbeiter annehmen. Dabei werden für das Saargebiet die Arbeiter geradezu als Leibeigene an ihre Arbeitsstätte gefesselt. Den einzigen Nutzen aber, den die Arbeiter aus der „freien Konkurrenz“ noch etwa haben könnten, daß infolge großer Nachfrage die Löhne steigen, wird durch dieses Abkommen zwischen Stumm und der Regierung vereitelt. Daß der Fiskus mit Stumm hinsichtlich der Presse ein ähnliches Abkommen getroffen hat, weiß man längst. Daß er aber auch hinsichtlich der Arbeitslöhne und Arbeitsbedingungen auf diese Weise sich an die Privatindustrie verkauft hat, ist bisher, wenn auch vermutet, so doch nicht bündig bewiesen worden. Aus dem Kommissionsbericht geht nicht hervor, daß die Behauptung des Herrn von Burgsdorff seitens der Regierung bestritten worden ist. Sie hat vielmehr lediglich die brutale Strafe der „Ablegung auf sechs Tage“, die den einzelnen Arbeiter mit 24 bis 30 Mk. Strafe bedroht, dadurch zu entschuldigen versucht, daß diese Strafe nur selten vorkomme.

(Ein Schlusssatz folgt.)

### Der Schrecken in Lodz.

Das offizielle Telegraphenbureau gibt in furchtbaren Zahlen das Ergebnis der blätigen Strahlenschlacht in Lodz:

Lodz, 26. Juni. Bei den letzten Unruhen wurden 343 Juden und 218 Christen getötet und insgesamt 700 Personen verwundet.

Die Arbeit in den Fabriken wurde wieder aufgenommen. Die konfessionelle Scheidung, die selbst im Tode noch vorgenommen wird, läßt erkennen, daß es in erster Linie das vom Joch des Judentums dreifach geknechtete jüdische Proletariat ist, das den wilden und heldenhaften Vergewaltigungslampf geführt hat. Die Zahlen sind sicher noch zu niedrig. Die Kosaken verstehen gegen die eigenen Landesgenossen glorreich zu liegen.

Wenn am Sonntag Herr Arthur Ledwith im „S. L.“ erzählte, daß sich der Terrorismus des Lodzger Proletariats nicht nur gegen die Staatsgewalt und den Besitz, sondern auch gegen die „deutsche Intelligenz“ wendet, so hat das Blatt damit eine in jama Verleumdung der Gelben verbreitet. Nach direkten Mitteilungen,

die wir aus Lodz erhalten haben, und zwar gerade aus den Kreisen der „Intelligenz“, kennt man in Lodz ohne Unterschied nur einen Feind: die Kosaken, die in diesen Tagen wie die Pestillen gehaust haben, die wahllos und ohne Unterschied jeden niedergeknallt haben, der ihnen vor den Schuß kam, nicht nur demonstrierende Proletarier, sondern auch Angehörige aus den beständigen Kreisen, Frauen und Kinder. So wurde noch nach der Beendigung der Straßenlampen in der Vorstadt Wolow, wie bürgerlichen Blättern telegraphiert wird, eine jüdische Familie, die in einer Droshke zum Bahnhof fuhr, von einer Kosakentruppe überfallen. Alle fünf Insassen wurden in dem Wagen erschossen.

### Die Kosakenherrschaft.

Nach einem Telegramm des Montag wurde am Sonntag eine Bürgerdeputation, bestehend aus den Herren Dr. Kruschke, dem Großindustriellen Pognanski, den Kaufleuten Dobranicki und Spronczkowski sowie dem Vorsteher der Stadt-Kreditanstalt Gaiewitsch bei dem Generalleutnant Schustow, dem Kommandeur der Truppen im Gouvernement Petrislaw, vorstellig über den furchtbaren Mißbrauch, den das Militär mit den Waffen übe. Soldaten, vor allem aber die Kosaken, hätten harulose Passanten auf der Straße, Frauen und Kinder in den Wohnungen erschossen und ausgeplündert. Als Beispiel wird angeführt, daß der Kutscher eines Großindustriellen, der mit 1500 Rubeln zur Wank geschickt worden war, unterwegs von Kosaken erschossen und des Geldes beraubt wurde. Der General sprach sein tiefstes Bedauern über diese Untaten aus und versprach, daß strengste Untersuchung und Bestrafung durchgeführt werden würde. Von der Schutzwaffe sollte das Militär von jetzt ab nur Gebrauch machen, wofür von Manifestanten zuerst geschossen würde.

Nachdem das ungeheure Verbrechen dieser Schlächtereien begangen, bedauert der General, der nebenbei einen deutschen Namen führt. Sein Versprechen, sich zu bessern, bedeutet aber wohl, daß künftig nur noch auf Proletarier, nicht auch auf Angehörige von Besitz und Bildung geschossen werden soll?

### Eine Proklamation der Arbeiter.

Das „Berliner Tageblatt“ bringt ein Privattelegramm über das sozialdemokratische Flugblatt, das den Generalfreie in Warschau als Solidaritätskundgebung für die Lodzger Kämpfer proklamiert.

Hier der Wortlaut dieser Proklamation, die uns soeben aus der Scheinbuckerei in Warschau zugeht:

„Arbeiter! Das revolutionäre Warschau darf nicht gleichgültig dem Ringen des revolutionären Lodz zusehen. Die Arbeiter von Lodz haben ein Recht, den Beistand der Arbeiter von Warschau zu erlangen.“

„Arbeiter! Zum Zeichen der Solidarität mit unseren Lodzger Brüdern, zum Zeichen des Protestes gegen die neuen Grenzlatten der Jarenregierung muß ganz Warschau am Montag, den 26., zum Generalfreie greifen. Nicht eine Fabrik, nicht eine Werkstatt darf am Montag tätig sein, alle Bureaus, Banken, Läden, Restaurants, Konditoreien müssen geschlossen werden. Der Wagenverkehr soll eingestellt werden. Das Volk aber geht hinaus auf die Straßen, zur Demonstration! Am Montag soll in den Straßen Warschaus die rote Fahne der Arbeiterklasse wehen!“

„Arbeiter! Auf zur Hilfe unseren Lodzger Brüdern!  
 „Auf zum Generalfreie!  
 „Auf zur Demonstration!  
 „Nieder mit dem Mörderregiment!  
 „Hoch das revolutionäre Lodz!  
 „Es lebe die Revolution!“

Das Warschauer Komitee der Sozialdemokratie Russisch-Polens und Litauens. Warschau, 24. Juni 1905.  
 Trotz der furchtbaren Kosakenschlächtereien sind die Arbeiter Russisch-Polens zu neuen Opfern bereit.  
 Ueber Lodz ist der Kriegszustand verhängt worden.

### Der Generalfreie in Warschau.

Der proklamiert worden ist, ist nach den letzten offiziellen Telegrammen nicht zur vollen Durchführung gelangt. Es wird berichtet:

Warschau, 26. Juni. Der Versuch eines allgemeinen Ausstandes ist mißlungen, trotzdem die Stimmung erregt ist. In den Straßen Bronia und Kroszmalna wurden fünf Barrikaden durch das Militär zerstört, wobei zwei Personen umkamen. Der Fabrikbetrieb ist eingestellt, obwohl unter den Arbeitern Mißstimmung über den Ausstand herrscht.

Das Telegramm ist unklar und widerspruchsvoll. Der Generalfreie der Industrie-Arbeiter ist in Warschau — gerade nach diesem Telegramm — tatsächlich erfolgt. Wie weit andere Kategorien des Proletariats — Verkehrsarbeiter etc. — sich nicht beteiligt haben, ist aus den offiziellen Meldungen nicht zu ersehen.

### Bomben.

Warschau, 26. Juni. (Offizielle Meldung.) Aus Gzenstochau wird gerüchtwiese gemeldet, daß gestern abend auf den Postzeitmeister eine Bombe geworfen sei, wobei dieser und sieben Vorübergehende verwundet worden seien.

Gzenstochau, 26. Juni. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Vor dem Hause der Polizeiverwaltung wurde gestern

abend eine Bombe geworfen, wobei einige Personen, die vorübergingen, verwundet wurden.

Was hinter dem nachfolgend gemeldeten „Unglücksfall“ steht, läßt sich einstweilen nicht aufklären:

Petersburg, 26. Juni. In dem weit außerhalb der Residenz gelegenen Artillerie-Polygon ereignete sich am Sonnabend eine Explosion in der Füllabteilung, in der zwei Mann unter Leitung eines Obersten ein dreijähriges Geschütz zu Schießversuchen mit einem neuerfindenen Sprengstoff füllten. Alle drei Personen kamen ums Leben; der Füllraum wurde zerstört.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 26. Juni.

### Ueber die Marokkofrage

Haben zweimal längere Unterredungen zwischen dem Fürsten Bülow und dem französischen Botschafter in Berlin, D'Hourd, stattgefunden. Die deutsche Antwort auf die Note Rouviers ist noch nicht erfolgt, doch besteht auf Grund der Berichte des Botschafters auch in Paris die Hoffnung, daß die Verhandlungen in ruhigem Verlauf fortzuschreiten können und zu einer Verständigung führen werden.

Zwei Aeußerungen der letzten Tage kennzeichnen die Stimmung in Frankreich.

In einer sozialistischen Versammlung in Lyon besprach Jaurès die auswärtige Situation und die Stellung der Sozialisten. Er erklärte, die Frage sei ernst geworden, weil man sich auf ein Gebiet begeben habe, das mit Fallstricken besetzt sei. Die Sozialisten wünschten niemals ein Mißverständnis zwischen Deutschland und Frankreich. Das englisch-französische Abkommen sei keineswegs gegen Deutschland gerichtet; und wenn England dies glauben lasse, müsse Frankreich darüber wachen, daß der Sinn des Abkommens nicht entstellt werde. Jaurès spricht schließlich die Ueberszeugung aus, die gegenwärtigen Schwierigkeiten würden gelöst werden, ohne daß der Stolz der Nation verletzt werde.

In Versailles hielt am Sonntag bei der Jahresfeier der Geburt des Generals Joaze Kriegsminister Bertaux eine Rede, in der er u. a. sagte:

„Ich will nichts sagen, was eine Anspielung auf die gegenwärtige Stunde sein könnte; und doch, ist es nicht etwas Verbrecherisches, Furcht zu säen und Mißtrauen einzusäen? Ich kann im Gegenteil sagen, dank der seit 35 Jahren gemachten Anstrengungen ist unser Kriegsmaterial ersten Ranges, unser Probiant ist voll zur Stelle, und unsere Offiziere können den Vergleich mit denen der ganzen Welt aushalten. Frankreich handelt zum Zweck des Fortschritts und läßt sich leiten von dem Gefühl der allgemeinen Freiheit und Brüderlichkeit.“

In Marokko dauern mittlerweile die anarchischen Zustände fort. Nach einer Meldung aus Tanger schoß einer der Mörder des Vizekonsuls Madden auf den maurischen Plahmajor, der ihn festnehmen wollte, verwundete ihn und entfloh. Es wird vermutet, daß der Stadigouverneur die Flucht beginnigte, weil er im Fall der Befangennahme des Mörders einen Aufstand befürchtete.

### Zum Zehnmillionenbettel.

Da einige brave „Patrioten“ den Zehnmillionenbettel als ein Zeichen für die schlechte Bezahlung der Offiziere hinzustellen liebten, obwohl in den letzten zehn Jahren für die aktiven Offiziere vom Reich sehr viel geschieden ist, so bringen wir im folgenden eine Tabelle, die über die staatlichen Bezüge der Offiziere Aufschluß gibt. Vorausgeschickt sei, daß die Entschädigung, die die Offiziere für die Mietung von Stallungen erhalten, nicht einbegriffen ist. Ferner sei bemerkt, daß zur Servisklasse A die größten Städte und besonders teure kleinere Städte gehören, zur Servisklasse I zählen im allgemeinen die übrigen Städte mit über 40 000 Einwohnern, zur Servisklasse II Städte mit 20 000—40 000 Einwohnern, zur Servisklasse III Städte mit 10 000—20 000 Einwohnern. Es erhält also jährlich:

Charge	in Servis- klasse A	in Servis- klasse I	in Servis- klasse II	in Servis- klasse III	Lebens- alter
Leutnant . . .	1860 M.	1620 M.	1500 M.	1431 M.	20—29 J.
Oberleutnant . .	2460	2220	2100	2031	29—36
Hauptm. II. Kl. 4572	4062	3816	3684	35—41	
Hauptm. I. Kl. 5772	5292	5016	4884	40—44	
Major . . . . .	7722	7212	6966	6884	43—47
Oberst . . . . .	10514	9872	9478	9284	47—62

Diese Zusammenstellung lehrt, daß die Offiziere ausreichend, vom Hauptmann II. Klasse an für ihr Lebensalter sogar sehr gut bezahlt sind. Ein Hauptmann I. Klasse mit 41 Jahren erhält z. B. in Berlin, Breslau, Köln, Frankfurt a. M. 5772 M. und ein Major mit 45 Jahren 7722 M. Man vergleiche damit die Gehälter von Staatsbeamten, die im nämlichen Alter stehen. Dabei ist noch zu erwägen, daß von den deutschen Offizieren, mit Ausnahme der bayerischen, nicht einmal das Abolutorium eines Gymnasiums als Vorbildung gefordert wird. Wenn die Söhne der Junkerfamilien sich mit Linienregimentern zufrieden gäben, dann könnten sie auch jetzt noch „ihrem Kaiser mit dem Schwert dienen“. Aber die Herren wollen natürlich nur in „feudale“ Regimenter, wo das Leben als Offizier sehr teuer ist, eintreten. Und das sollte ihnen der Zehnmillionenbettel wieder ermöglichen. Wäre es nicht einfacher das Leben der Garde-Offiziere weniger kostspielig zu gestalten?

### Max Hirsch.

Aus Hamburg wird telegraphisch gemeldet, daß dort am Montag nachmittag der Landtagsabgeordnete Dr. Max Hirsch im Sanatorium von Orléans ist. Er erreichte ein Alter von 73 Jahren.

Max Hirsch war der Sozialpolitiker des Freiinns. So sehr seine sozialpolitischen Anschauungen sich dem kapitalistischen Wirtschaftssystem anpaßten und einschlieferten, so mußte er gleichwohl mühevoll und ohne rechte Wirkung gegen das verdochterte Manchestertum der ihm politisch Nahestehenden ankämpfen. Eine Studienreise nach England hatte ihn angeregt, auch in Deutschland Gewerkschaften nach englischem Muster ins Leben zu rufen. Er ward Jahrzehnte hindurch der Führer und Berater der auf seinen Namen neben dem Dunder getauften Gewerkschaften, die jedoch nur ein Anhängsel des politischen Freiinns blieben und niemals eine höhere Stellung im deutschen Wirtschaftsleben und in der deutschen Arbeiterbewegung zu gewinnen vermochten.

1869 wurde Max Hirsch im 23. sächsischen Wahlkreise zum erstenmal in den Norddeutschen Reichstag gewählt, er trat der damaligen deutschen Fortschrittspartei bei; 1877 wurde er von Berlin I. 1878 von Neuß J. 2. in den Reichstag entsandt. 1890—93 vertrat er Bitterfeld-Deitzsch. Im preussischen Landtage hat er noch bis in die neueste Zeit zu sozialpolitischen und Arbeiterfragen den Standpunkt seiner Partei vertreten.

Um das Publikum über die hohen Vieh- und Fleischpreise aufzuklären, hat die „Allgemeine Fleischer-Zeitung“ an fast alle Fleischermeister im ganzen Deutschen Reich große Plakate gratis übersandt, in denen die Mittel angegeben werden, welche die Regierung anwenden müßte, um der zu einer ernstlichen Kalamität gewordenen Teuerung zu steuern. Der Aufsatz schließt mit den Worten: „Die Regierung möge sich gefast sein lassen, daß es die höchste Zeit für sie, einzugreifen.“

### Sprengpulver im Zentrumsturm.

Man schreibt uns vom Rhein: Die Verhandlungen auf der Generalversammlung des Bergarbeiter-Verbandes zu Berlin haben lebhaft Debatten in der Zentrumspreffe gezeitigt. Während ein Teil der Zentrumspreffe

um am . . . Standpunkt stellt, die Verhandlungen hätten bewiesen, daß die christliche Gewerkschaftsbewegung einen Damm gegen die sozialistische Propaganda bilde und deshalb eine lebhaftige Agitation für dieselbe am Plage sei, behauptet der andere Teil genau das Gegenteil. Die „Kölnische Volkszeitung“ und mit ihr noch einzelne Zentrumsblätter stellen sich auf die Seite der sogenannten Gladbacher Richtung und protegieren die christlichen Gewerkschaften; die Hoffnung der hier in Betracht kommenden Führer, hauptsächlich der Barmens, geht dahin, mittels der christlichen Gewerkschaften die gefährdeten „Reichstagsfrage am Rhein halten zu können. Unter allen Umständen sollen die Industriearbeiter, soweit sie bis jetzt noch dem Zentrum angehörten, bei der Fahne gehalten werden.

In Gegensatz zu diesem Teil der Presse nebst ihren Hintermännern stellen sich die Vertreter der katholischen Gewerkschaften sowie die Vertreter der katholischen Bauernvereine und des Mittelstandes. Diese bekämpfen die christlichen Gewerkschaften in einer ganz scharfen Weise. Besonders ist es die „Rheinische Volksstimme“, das Organ der katholischen Bauern, die am Rhein am entschiedensten Front gegen die christlichen Gewerkschaften und gegen die Kölner Rechtsanwälte, wie sie die Zentrumsführer im Rheinlande kurz nennt, macht. Nach der Generalversammlung des Bergarbeiter-Verbandes schrieb sie, daß die Verhandlungen bewiesen hätten, daß die christlichen Bergarbeiter mit den sozialdemokratischen auf eine Stufe zu stellen sind. Aus den Reden der Führer, besonders des Reichstagsabgeordneten Hue, sei hervorgegangen, daß die christlichen Bergarbeiter noch freilustiger wie ihre Kameraden gewesen seien und daß sie die sozialdemokratischen Führer mit Jubel empfangen hätten. Dieses sei ein klarer Beweis, daß die Handlungen der Bergarbeiter gar nicht mehr vom Christentum beeinflusst würden, die wahre Begeisterung für die christlichen Ideale sei ihnen verloren gegangen. Die Schuld trage nur die Zentrumspreffe, die die sogenannten christlichen Gewerkschaften großgezogen hätte. Nur die katholischen Fachabteilungen wären am Plage; die christlichen Gewerkschaften sind ein Abweg, der in den sozialdemokratischen Abgrund führt.

Gegen eine solche Sprache zieht die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“, das Hauptorgan der christlichen Gewerkschaften, zu Felde. Es wird da behauptet, daß die Taktik, wie sie von den katholischen Gegnern der christlichen Gewerkschaften geübt wird, nur schädlich für die Zentrumsfrage sei. Von diesen Leuten würde den Feinden des Zentrums in die Hände gearbeitet. Doch läßt sich die „Volksstimme“ so leicht nicht schrecken, sondern sie gibt in ihrer letzten Nummer einer Zuschrift aus dem Kreis Eichen Raum, in der aufgefodert wird, für den Zentrumskandidaten Giesberts, den Redakteur der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“, nicht zu stimmen. Giesberts schwärme dafür, die Landarbeiter und Diensthöfen zu organisieren, und sie den christlichen Gewerkschaften anzuschließen. Die in den Gewerkschaften verhegten Landarbeiter würden sollten die Pläne Giesberts verwirklicht werden, das Getreide auf dem Felde verkaufen lassen, wenn die Landwirte nicht alles bewilligten, was die Arbeiter verlangten. Für einen Mann mit solchen sozialdemokratischen Ideen, wie Giesberts sie vertritt, können der gewerbliche Mittelstand und die Landwirte nicht eintreten.

So wagt der Kampf in dem Zentrum hin und her, die wirtschaftlichen Gegensätze innerhalb dieser bunt zusammengefügten Partei sind das Sprengpulver, welches dieselbe auseinanderreißen wird.

Südwestafrika. Ein Telegramm aus Windhuk meldet: Reiter Otto Heinrich, am 22. Juni 1905 im Lazarett Keetmanshop an Typhus gestorben, Reiter August Pöndelbusch an Bauchfellentzündung gestorben, Breiter Ludwig Nopsch an Typhus gestorben, Reiter Rudolf Dreher am 22. Juni auf dem Marjhe Sud-Sendlingsgrab durch Selbstentladung des Karabiners verwundet.

### Ein Chinaprozess.

Der Reichstags-Abgeordnete Kunert soll in einer Reichstagswahl-Versammlung im Restaurant Weinrich in Halle am 16. Mai 1903 nach Aussage der überwachenden Polizeibeamten gesagt haben, die deutschen Soldaten hätten China verwüstet, hätten geplündert und die Frauen geschändet. Der Redner selbst bestreitet, diese Aeußerung getan zu haben. Aber der Kriegsminister als Vorgesetzter des ostasiatischen Expeditionskorps stellt Straf Antrag wegen Beleidigung desselben.

Der erste Termin, am 11. September 1903, wurde vertagt, um dem Angeklagten Gelegenheit zu geben, die Zeugen zu benennen, durch welche er die Richtigkeit der von ihm aufgestellten Behauptungen beweisen wollte. Der Reichstags-Abgeordnete Kunert benannte hierauf 42 Zeugen und ließ, nachdem das Gericht ihre Ladung abgelehnt hatte, sie selbst zu dem neuen Termin am 23. Oktober 1903 laden. Das Gericht beschloß jedoch, sie nicht zu vernehmen, sondern die Verhandlung wiederum zu vertagen, um eine Beweisaufnahme in volstem Umfange zu ermöglichen. Es sollte Beweis erhoben werden: 1. über den Wortlaut der Aeußerung des Angeklagten, 2. über die Stellung des Strafantragstellers, des preussischen Kriegsministers, zu dem ostasiatischen Expeditionskorps und die Stärke der einzelnen in ihm vertretenen Bundesstaatskontingente. (Der Angeklagte hatte nämlich eingewandt, daß das Expeditionskorps am 16. Mai 1903 gar nicht mehr bestanden habe, und daß der preussische Kriegsminister überhaupt niemals der Vorgesetzte seiner aus den verschiedensten deutschen Bundesstaaten kommenden Teilnehmer gewesen sei.). 3. über sämtliche Fälle von Mord, Plünderung und Schändung von Frauen, begangen von Mitgliedern des ostasiatischen Expeditionskorps. Der Beweis hierüber sollte geführt werden einmal durch Einforderung aller Strafakten gegen Mitglieder des ostasiatischen Expeditionskorps vom Kriegsministerium, sobald durch Vernehmung, eventuell auch auf kommissarischem oder diplomatischem Wege, aller Zeugen, die der Angeklagte binnen 14 Tagen mit ladungsfähiger Adresse benennen würde.

Der Angeklagte forderte nun die Vernehmung einer großen Zahl von Zeugen, darunter des Gesandten a. D. von Brandt, des Sir Robert Hart in Peking, des Kriegsministers v. Goltz, des Generalleutnants v. Fessel, der Chef des Expeditionskorps war, des radikalen Mitglieds des englischen Unterhauses Dillon und des englischen Publizisten Siram Ragim. Ferner benannte er eine große Zahl von Soldaten, die an der ostasiatischen Expedition teilgenommen hatten, sowie die Kriegsberichterstatter der „Vossischen Zeitung“, Dr. Rudolf Kabel, der „Frankfurter Zeitung“, L. Rhein-London, der „Times“, der „Daily News“, der „Westminster Gazette“, der „Revue“ in Paris, des „Corriere della Sera“ usw.

Während der Reichstagsession ruhte nun das Verfahren fast zwei Jahre. Aber jetzt hat der Gerichtshof, in dem an Stelle des erkrankten Landgerichtsdirektors Fromme der Landgerichtsrat Geler den Vorsitz führt, die Ladung aller Zeugen abgelehnt. Nunmehr hat wieder der Angeklagte einen Teil der von ihm vorgeschlagenen Zeugen selbst geladen. Infolge des plötzlichen Schlußes des Reichstags und der baldigen Ansetzung des Termins war es jedoch völlig unmöglich, das gesamte Zeugenmaterial zur Stelle zu schaffen.

### Halle, 26. Juni. (Fig. Ber.)

Die Verhandlung begann heute 10 Uhr vormittags vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts Halle. Den Gerichtshof bilden als Vorsitzender Landgerichtsrat Geler, als Beisitzer Landgerichtsrat Böhm, Landrichter Winter und die Assessoren Hoffmann und Koloff. Die Anklage vertritt Staatsanwalt Dr. Kloß, die Verteidigung führen die Rechtsanwälte Dr. Heinemann, Berlin und Herzfeldt-Halle. Als Zuhörer wohnt der Verhandlung der Landgerichtspräsident v. Reibohm bei.

Nach dem Eröffnungsbeschluss ist Kunert hinreichend verdächtig, in einer Reichstagswahl-Versammlung in Wörmly am 16. Mai 1903 in Bezug auf die Mitglieder des ostasiatischen Expeditionskorps geäußert zu haben: „Unsere Soldaten haben das Land dort verwüstet und geplündert und die Frauen geschändet.“ Am 18. Juli 1903 hat der preussische Kriegsminister, in Vertretung von Einem, den Straf Antrag gestellt.

Der Angeklagte bestreitet, daß seine Aeußerung in dem polizeilichen Protokoll richtig wiedergegeben sei. Er habe dem Sinne nach gesagt: „Soldaten der Invasionarmee, zu der auch unsere Soldaten gehört haben, haben das Land verwüstet, geplündert und Frauen geschändet.“

Vorl.: Woher haben Sie denn das?  
Angekl.: Es war mir bekannt, daß sich authentisches Material darüber in kriegsgerichtlichen Akten befindet, daß Briefe mit solchen Angaben von Soldaten der Expedition vorliegen, daß sie von Zeitungen aller Richtungen abgedruckt worden sind. Ich erinnere an die Angaben der Kriegsberichterstatter und Chinaschreiber. Ich habe mehrere Chinaprozesse verfolgt und mir war die Anklage des Generals v. Fessel, des Chefs der Expedition, gegenwärtig, wonach Vergehen und Verbrechen der schlimmsten Art damals in China passiert seien.

In der Beweisaufnahme wird zunächst eine amtliche Auskunft des preussischen Kriegsministeriums vom 3. Dezember 1903 verlesen, wonach die Stärke des deutschen ostasiatischen Expeditionskorps 19 206 Köpfe betrug, wovon Preußen 15 615 Mann gestellt hat.

Zeuge Polizeikommissar Meifert hat die damalige Versammlung überwacht und beauftragt sich auf seinen schriftlichen Bericht, da ihm die Einzelheiten nicht mehr erinnern sollte. Kunert hat danach etwa gesagt: „Den Chinesen, die friedlichen Handel mit uns treiben wollten, nahmen wir ohne Bezahlung ihr Land fort. Alle Nationen sind daran beteiligt; auch unsere Soldaten sind dabei beteiligt und haben geraubt, geplündert und Frauen geschändet. Die zusammenhängenden Notizen über die Rede, auf die sich sein Bericht stütze, besitze er nicht mehr.“

Angekl. Kunert: Das finde ich sehr bedauerlich.  
Zeuge Gendarm Otto Kahl gibt die inkriminierte Aeußerung des Angeklagten so wieder: „Unsere Soldaten haben weiter nichts getan, als das Land verwüstet, geplündert und die Frauen geschändet.“ In der Versammlung selbst hat der Zeuge sofort in seinem Kalender eingeschrieben: „Kunert sprach über Chinakrieg, Deutsche wollten die Insel Kiautschou pachten, keine Pacht bezahlt. Ketteler habe es verlesen, infolge dessen sei Ketteler ermordet worden. Hierauf seien 50 000 Mann nach dort geschickt worden, haben Land geplündert, verwüstet, die Frauen geschändet.“ Auf Verfragen durch den Angeklagten gibt der Zeuge an, daß er sich genau entsinne, daß Kunert von der „Insel Kiautschou“ und von „50 000 Mann“ gesprochen habe. Der Angeklagte versicherte, daß er natürlich nichts von all dem gesagt habe. So viel Angaben, so viel Unrichtigkeiten habe der Zeuge vorgebracht.

Die Zeugen Buchdi, Theodor Robitsch, Karl Schaaf, Otto Strich und Wilhelm Diez aus Wörmly und Wälberg haben als Vorstandsmitglieder der Wahlversammlung, in der Kunert sprach, beigezogen. Sie geben an, daß Kunert an der inkriminierten Stelle seiner Rede nicht von den deutschen Truppen allein, sondern von dem ganzen Expeditionskorps, der ganzen Invasionarmee gesprochen habe; der Besitzer des Lokals, in dem die Versammlung stattfand, sowie vier weitere Versammlungsbesucher bestätigen diese Angabe. Damit sind die vom Gerichte geladenen Zeugen erschöpft.

Vor der Vernehmung der von der Verteidigung geladenen Zeugen macht Rechtsanwält Dr. Heinemann folgende Ausführungen über die Ungültigkeit des Strafantrages: Selbst wenn man unterstelle, daß die Aeußerung Kunerts so gelautet habe, wie die Anklage wolle, wenn der Angeklagte von „unseren Soldaten“ gesprochen habe, sei der Kriegsminister geschädigt zur Stellung des Strafantrages doch nur in zwei ganz bestimmten Fällen berechtigt: Wenn die Beleidigung gefallen ist bezüglich Handlungen während der Ausübung des Amtes, oder in erkennbarer Beziehung auf die amtliche Tätigkeit. Die erste Alternative ist hier schon zeitlich ausgeschlossen. Eine erkennbare Beziehung auf die amtliche Tätigkeit liegt aber nach einer Reichsgerichts-Entscheidung auch dann nicht vor, wenn der Beamte durch Disziplinarvorschriften oder dergleichen zu einem anständigen Verhalten im allgemeinen verpflichtet ist. So hat z. B. bei dem Vorwurfe geschlechtlicher Ergüsse das Reichsgericht die Beziehung auf die amtliche Tätigkeit selbst bei Geistlichen verneint. Bei Angehörigen der bewaffneten Macht ist nach einer Reichsgerichtsentscheidung erforderlich, daß die Beleidigung entweder die dienstliche Tätigkeit zum Gegenstand hat, oder eine außerdienstliche Tätigkeit, welche durch militärische Vorschriften geregelt und dadurch in den Bereich der besonderen Berufspflichten gezogen worden sind, z. B. des Mißbrauchs der Waffe. Nun ist der Vorwurf der Verwüstung ein Vorwurf überhaupt nur vom Standpunkte dessen, der den Krieg und seine Konsequenzen mitleidet. Das war bei den hier Betroffenen nicht der Fall. Plünderung, d. h. Rauben und Stehlen, und Frauenhändlung berührt den amtlichen Charakter des Mitgliedes der bewaffneten Macht nicht. Singt doch noch heute gern der Soldat nach „Ballenfeins Lager“:

„Er wirbt nicht lange, er zeigt sich nicht hold,  
Im Sturme erwidert er den Ruinebold.“

Der zweite Grund, aus dem der Kriegsminister als Vorgesetzter nicht zur Stellung des Strafantrages berechtigt war, ist der, daß nach der ständigen Sprachpraxis des Reichsgerichts eine Beamtenbeleidigung nur dann vorliegt, wenn die Beleidigung verübt ist, während der Betroffene noch in der Stellung des Beamten, Mitglieds eines oder Mitgliedes der bewaffneten Macht ist. Eine aufgelöste Behörde kann für die Antragsberechtigung nicht in Betracht kommen. Das ostasiatische Expeditionskorps war zurzeit dieser Rede längst bis auf den letzten Rest aufgelöst. Das Argument, daß die Mitglieder des Expeditionskorps ja vorher und nachher auch Soldaten waren beweist gar nichts. Sie waren auch vorher und nachher vielleicht Assessoren oder Postbeamte, also hätte nach dieser Analogie auch Staatssekretär Kräfte oder der Landgerichtspräsident Straf Antrag stellen können.

Was nun für den Fall der Annahme eines gültigen Strafantrages den Wahrheitsbeweis anbetrifft, so hat der Gerichtshof bekanntlich früher beschloffen, ihn im weitesten Umfange zu erheben. Ich bitte diesen Beschluß heute wieder herzustellen. Zum mindesten für die Höhe des Strafmaßes wird es sehr wesentlich sein, wenn es gelingt, nachzuweisen, daß in erheblichem Umfange solche Fälle von Plünderung und Vergeßlichkeit vorgekommen sind.

Staatsanw. Dr. Kloß bittet, sich über die weitere Beweisaufnahme erst schlüssig zu machen, wenn die vom Angeklagten geladenen Zeugen vernommen seien. — Die Beleidigung der Soldaten sei zweifellos in bezug auf ihren Beruf erfolgt, denn im Feldzuge in Preussensland sei der Soldat bei jeder Handlung auf Schritt und Tritt Soldat.

Vert. Rechtsanw. Heinemann: Was die vom Angeklagten heute geladenen Zeugen betreffen können, erschöpft bei weitem nicht, was er glaubt beweisen zu können. Im Vertrauen auf die früheren Gerichtsbeschlüsse hat er alle eigenen Anstrengungen zur Befreiung von weitemer Beweismaterial unterlassen. Wie der Soldat im Felde, sei auch der Beamte überall und immer Beamter. Hier aber handele es sich um den Unterschied zwischen dienstlicher und außerdienstlicher Tätigkeit.

Staatsanwalt Dr. Kloß: Der Soldat im Felde ist eben in jeder Tätigkeit Soldat.

Angekl. Kunert: Bei der von mir angeblich begangenen Beleidigung fehlt der Beleidigte; denn das Expeditionskorps war seit dem 16. März 1903 bis auf den letzten Rest, die Intendantur, aufgelöst worden. Den Wahrheitsbeweis zu führen, ist mir ohne kommissarische Vernehmung von Zeugen, wie den amerikanischen Kommissar Smith, oder Sir Robert Hart, oder Erzengel Brandt, in volstem Umfange nicht möglich. Solcher Zeugen hatte ich 30 bis 40 genannt, die mir gänzlich unentbehrlich sind.

Der Gerichtshof zieht sich zurück und verkündet nach kurzer Beratung, daß in der Verhandlung fortgeföhren und zunächst Beweis erhoben werden soll.

Sämtliche Zeugen, die nunmehr aufgerufen werden, haben den China-Feldzug mitgemacht und sind jetzt Reservisten.

**Hugo Wenzel-Ridorf:** Wir von der 1. Kompagnie lagerten in Schanhaiwan in einem Tempel; die Wägen hatten wir entzwei gemacht und das Holz zu Pferdebestellen verbrannt. Die Regale mit Wägen wurden zum Hofen benutzt. Den chinesischen Händlern in der Nähe des Hofes wurden oft die Waren weggenommen, sie selbst mit Haken getrieben und geschlagen. In den Tempeln und Häusern haben die Franzosen, Russen und Deutschen die Fenster eingeschlagen und Porzellan, Frauenschmuck, Kostbarkeiten, Silbergeräth usw. offen auf dem Arm weggetragen. In einem Falle habe ich auch gesehen, wie ein Pionier einen Chinesen, der am Boden lag und sich nicht mehr wehrte, totgeschossen hat. Ein der Zeuge über die Sittlichkeitsverbrechen der Soldaten ausf., bittet er, die Oeffentlichkeit auszuschließen.

Der Staatsanwalt stellt den Antrag.  
Vert. Dr. Heinemann erhebt Widerspruch dagegen, ebenso sehr lebhaft der Angeklagte Kunert, der darauf hinweist, daß er auch seine Beschuldigungen öffentlich erhoben habe.

Der Gerichtshof beschließt, bei den Aussagen über Sittlichkeitsverbrechen durchweg die Oeffentlichkeit auszuschließen.  
Zeuge August Sternberg-Spandau: In Schanhaiwan hat ein Oberstabsarzt sich an den Plünderungen in einer eroberten Schatzkammer beteiligt. — Vors.: Wissen Sie das aus eigener Erfahrung? — Zeuge Sternberg: Ich wurde herausgeschickt, aber... — Vors.: Verstehen Sie, aus eigener Wissenschaft sollen Sie hier nur bekunden. — Zeuge Sternberg: Ich habe gehört, wie der Oberstabsarzt den Major gefragt hat, ob er die eine Uhr mitnehmen wünte und dieser: Jawohl! sagte. Futter und Vieh haben wir überall mitgenommen; was wir haben mußten, nahmen wir mit. In den Tempeln wurden die Wägen heruntergeschlagen, um Platz für unsere 30 Pferde zu machen. In Peking sollten wir nach einem Befehl der Kommandantur alles richtig bezahlen. Trotzdem haben wir Seidenschuhe, Wasserpfeifen, Gummi usw. einfach weggenommen.

Ueber Sittlichkeitsverbrechen weiß Zeuge aus eigener Anschauung nichts. Er weiß nur durch die Parole, daß ein Mann von der 8. Kompagnie mit fünfzig Jahren Gefängnis bestraft worden ist, weil er eine Chinesin mit dem Seitengewehr bedroht, beraubt und vergewaltigt hatte, und der Spielmann seiner Kompagnie wegen eines Versuches des gleichen Delikts mit 14 Tagen Gefängnis.

Zeuge Moser-Stuttgart hat als Angehöriger des württembergischen Armeekorps die Expedition mitgemacht. Auf Befragen des Vorsitzenden erklärt er: „Es sind Sachen gemacht worden!“ Im einzelnen gibt der Zeuge an, daß die Soldaten Silbermünzen, Schmucksachen, schöne Mäntel usw. mitgeführt hätten, die jedenfalls geraubt worden seien. Bei der Plünderung von Wang seien einige Chinesen erschossen und einige mit Säcken geprügelt worden. An Sittlichkeitsverbrechen hat der Zeuge gesehen, wie ein Mädchen befinnlos auf einem Hofe lag, ein Bein nackt, das andere noch halb in der Hufe und von vier bis sechs Mann gebraucht wurde. Es sollten aber schon zwanzig darüber gewesen sein.

Zeuge Hahn bekundet: Ich habe gesehen, wie die Wägen in den Tempeln vollständig demoliert wurden. Die Köpfe waren ihnen abgeschlagen, die Augen ausgehöhlt und sie waren verunreinigt. Dann habe ich auch Zerstörungen des menschlichen Körpers gesehen und Mißhandlungen. Als ich auf Wache war, befand sich ein Gefangener dort. Einige Leute von der Feldbatterie kamen hinzu und meinten: „Der macht ja so ein dummes Gesicht.“ Darauf hieben sie ihm ein Paar runter. Als er darauf die Zähne steckte, bearbeiteten sie ihn so mit ihren Sporen, daß die Sporen zerbrachen. Bei einem Spaziergange prügelten meine angetrunkenen Kameraden Chinesen durch.  
Vors.: Das geht nicht so weiter. Ich lehne es ab, Fragen wegen Mißhandlung zuzulassen.

Vert. Heinemann beantragt Gerichtsbeschl. über die Zulässigkeit von Fragen, die sich darauf erstrecken, ob Leib, Leben und Gesundheit von Chinesen zerstört worden sind, Güter, die erheblicher sind als materielle.

Der Gerichtshof lehnt die Stellung solcher Fragen ab, da der Eröffnungsbeschl. nur die Feststellung von Gegenständen ins Auge gefaßt habe. Auf Antrag des Verteidigers Rechtsanw. Heinemann wird dieser Beschl. protokolliert.

Zeuge Grube-Eberfeld: Wir von der 3. Kompagnie des 52. Infanterieregiments lagen 7 Wochen in Schanhaiwan, während deren wir nur Feldübungen machten. Nun werden die chinesischen Särge auf der flachen Erde hingestellt und höchstens mit Erde überdeckt. Da wurde bei den Übungen, wenn es über die Särge hinweg ging, mancher morsche Sarg zerbrochen und die alten Chinesenleichen in den Schächern umher geworfen, die Totenköpfe usw. Schließlich beschwerten sich die Chinesen, die bekanntlich strengen Nahrungskontrollen treiben, und ein Bataillonbefehl verbot das für die Zukunft. Auf dem Vormarsch nach Tientsin folgten wir immer über die Baumstümpfe hinweg. In Tientsin bei der Parole wurden uns die schweren Strafen bekannt gegeben, die wegen Plünderung, Raub und allerlei Sachen verhängt worden waren. Oft plünderten nämlich die deutschen Truppen ihren eigenen Proviant, weil sie nicht genug zu essen bekamen. In Peking lagen wir mehrere Monate in der kaiserlichen Hofgärtnerei. Die kostbaren Blumenvasen wurden hinausgeworfen und zertrümmert, um Platz zu schaffen. Nachher bezogen wir im Winterpalast Quartier, wo bis dahin das deutsche Oberkommando gelegen hatte. Es war entsetzlich anzusehen, wie die abziehenden Truppen da gehaust hatten, Möbel, Spiegel, Stühle, kostbare Tische, alles war kurz und klein eingeschlagen. . . .  
Vors.: Wären Sie dabei, als es eingeschlagen wurde?  
Zeuge: Nein. Wir wurden erst nachher hingeschickt, den Trümmerhaufen zu bewachen.

Vors.: Wer es eingeschlagen hat, können Sie also auch nicht wissen.

Zeuge: Nein; aber zwischen dem Abzug des Oberkommandos und unserer Ankunft war niemand da. — Vor dem kaiserlichen Palast fanden zwei große Bronzelöwen mit zwei Bronzeuhren unter der Lade. Eines Tages waren die Uhren verschwunden; aber bei einem Offizierpreisgeben, zu dem ich zugezogen war, um die Gewehre zu laden, habe ich ganz genau gleich aussehende in den Händen wiedererkannt. Jeder Offizier hatte das Recht, zwei Pöns für sich zu requirieren. Wenn einer aber keinen Gefallen mehr daran hatte oder seine Pöns kaputt geritten hatte, so verkaufte er sie und requirierte neue.

Vors.: Ist denn das eine Plünderung?

Zeuge: Das weiß ich ja nicht.

Vors.: Dann brauchen Sie solche Fälle auch nicht mitzutheilen.

Zeuge: Vier Musikiere von meiner Kompagnie wurden mit je 7 Tagen Gefängnis wegen Plünderung bestraft. Auf der Etappenstation Tung-Tschau wurden von unseren Soldaten die eigenen Kantinen geplündert. (Vors.: Darum handelt es sich doch hier nicht.) Dann wurden dort Reislager beschlagnahmt. . . .

Staatsanwalt: Ich bin aber doch der Ansicht, daß der Zeuge nicht alles mögliche sagen darf.

Vors.: Lassen Sie ihn doch erzählen.

Zeuge: 14 Tage brauchten die japanischen Kaufleute, an die der Reis verkauft wurde, um ihn wegzufahren. Ein Sergeant von uns spielte den Dolmetscher und hat danach viel Geld nach Hause geschickt. Auch Holz wurde von den japanischen Kaufleuten weggeführt, und nachher waren wir genötigt, chinesische Häuser abzuziehen, damit wir nicht feierten mußten. — Der Zeuge will weitere Angaben nach seinen Aufzeichnungen machen, doch verbietet ihm das der Vorsitzende.

Vert. Dr. Heinemann: Ich beantrage, dieser Anordnung gegenüber, durch Gerichtsbeschl. dem Zeugen zu gestatten, zur Aufklärung seines Gedächtnisses sein Notizbuch zur Hand zu nehmen; ich sehe nicht ein, warum der Zeuge anders behandelt werden soll als die Polizeibeamten, die hier in breiter Weise ihre Notizen benutzen dürfen. — Dem Antrage wird stattgegeben; es wird festgesetzt, daß der Zeuge die Notizen 1/2—1 Jahr nach den Ereignissen, sofort bei der Entlassung aus dem Dienste gemacht hat.  
Er bekundet noch, daß Oberleutnant v. Schirich als Verwalter

des kaiserlichen Palastes in Peking, ihn habe nach angeblich verletzten Schänen durchsuchen lassen, aber nichts gefunden habe. Die Soldaten, die dazu kommandiert waren, seien noch lange als „Schahgräber“ verurteilt worden.

Vert.: Das ist doch aber keine Plünderung.

Zeuge: Aber doch ein Verbrechen.

Staatsanwalt: Gab es denn in ganz China nur dieses eine Exemplar einer Bronzekugel?

Zeuge: Das weiß ich nicht und habe ich nicht gesagt, daß es dieselbe war. Ich sagte und sage nur, daß die zur selben Zeit unter der Säulentage verschwundene ganz genau der von mir erwähnten gleich.

Staatsanwalt: Dann ist es leicht zu verdächtigen, genau wie mit den Räubern im kaiserlichen Palast. Wer es getan, wie es gekommen und wann es geschah, das wissen Sie nicht. War nicht in der Nähe eine Feuerbrunn?

Zeuge: Ja; aber danach wurde noch monatelang in den Quartieren gewohnt. Und die Wohnungen waren damals noch alle schön eingerichtet und in Ordnung.

Staatsanwalt: Haben Sie den Reiderkauf mit angesehen?

Zeuge: Ich habe davon gehört, allerdings von Truppen, die dort von Wache kamen.

Vert. Dr. Heinemann: In dem demolierten Zustande wären die Quartiere im Kaiserpalast unbewohnbar gewesen? — Zeuge bejaht das.

Vert. Dr. Heinemann: Hatte die Bronzekugel nicht besondere Merkmale, aus denen Sie sie wiedererkannten?

Zeuge: Ja, sie war gerippt wie eine Ananasfrucht, genau wie die Kugel, die nachher ausgeschossen wurde.

Vert. Dr. Heinemann: Ist Ihnen bekannt, daß bei Käufen oft nur ein Scheinpreis gezahlt wurde?

Zeuge: Ja, die Chinesen wollten ja oft zu teuer bezahlt haben, aber oft haben die Soldaten ihnen auch nur soviel bezahlt, als sie eben Lust hatten zu zahlen. Sollten die Chinesen die Ware dafür nicht lassen, so bekamen sie Prügel. Man warf ihnen sodann das Geldstück hin, das man ihnen geben wollte, und nahm dann die betreffende Sache an sich.

Den weiteren Teil des Berichtes und unsere kritische Betrachtung werden wir morgen veröffentlichen.

Ein Privattelegramm aus Halle meldet über den Ausgang des Prozesses:

Der Reichstags-Abgeordnete Kunert wurde, dem Antrage des Staatsanwalts entsprechend, zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

### Husland.

#### Kriegsherey in Schweden.

Von den schwedischen Chauvinisten der Ersten Kammer wird gegenwärtig eine heftige Agitation gegen den Regierungsvorschlag auf eine glückliche Aneinandersehung mit Norwegen betrieben. Man will, daß der Reichstag 100 Millionen Kronen zur Mobilisierung bewillige. Die Mehrheit der Zweiten Kammer ist entschieden dagegen, dennoch glaubt man, daß bei gemeinsamer Abstimmung beider Kammern eine knappe Mehrheit dafür zu stande kommen kann. Auch in der reaktionären Presse wird immer deutlicher die Forderung erhoben, Norwegen durch einen Krieg zur Unterwerfung zu zwingen. Am Freitag ist in beiden Kammern des Reichstags eine Proklama, in der in derselben Weise wie in der reaktionären Presse zum Kriege gehetzt wird, verteilt worden.

Der Reichstag wird sich am Dienstage mit dem Regierungsvorschlag befassen. Es wird ein Ausschuss eingesetzt werden, dessen Beratungen wahrscheinlich mehrere Wochen dauern werden.

Stockholm, 26. Juni. Im Staatsrat wurde beschlossen, daß die wehrpflichtigen Watrafen, welche in diesen Tagen abgemustert werden sollten, bis auf weiteres im Dienst bleiben sollen. —

#### Oesterreich-Ungarn.

Los von Ungarn. Wien, 26. Juni. (Von einem Sonderberichterstatter.) Wie die „Neue Freie Presse“ meldet, wird die österreichische Regierung, um gegen alle Eventualitäten gesichert zu sein, beim Reichsrat durch einen Gesandten die Ermächtigung nachsuchen, die Handelsbeziehungen Oesterreichs nötigenfalls selbständig zu regeln. —

#### Frankreich.

Wanderversand. Paris, 26. Juni. Die Meldungen der Blätter über den Wanderversand bei Lyon sind übertrieben; getötet wurde niemand, ein Offizier und etwa zehn Soldaten wurden verletzt, aber keiner lebensgefährlich.

Die „übertriebene“ Meldung lautet dahin, es seien während eines Kavalleriemarsches zwei Eskadrons zusammengestoßen. Ein Unteroffizier wurde getötet, zwanzig Soldaten erlitten Verletzungen. Zwanzig Pferde wurden getötet.

#### Griechenland.

Das neue Ministerium. Da die Mitglieder des bisherigen Kabinetts, ausgenommen Makro-Michalos, ihre Portefeuilles unter Kalli nicht behalten wollten, hat dieser sein Kabinett wie folgt gebildet: Kalli Präsidium, Finanzen und interimistisch Auswärtiges, Makro-Michalos Krieg und interimistisch Inneres, Eudoris Marine, Christopolis Justiz, Kaliphornos Unterricht und Kultus. Die neuen Minister haben heute den Eid geleistet. Die Kammer wird wahrscheinlich auf etwa zehn Tage vertagt werden.

## Kein Waffenstillstand!

Nach einer Meldung des „Neuterschen Bureaus“ aus Washington wird es als unwahrscheinlich betrachtet, daß ein Waffenstillstand zwischen Rußland und Japan abgeschlossen wird, ehe die Bevollmächtigten zusammentreffen, was nicht vor Mitte August zu erwarten ist. Wir waren stets überzeugt, daß ein Waffenstillstand nicht zustande kommen wird, wenn Japan nicht Gewißheit erhält, daß seine Friedensbedingungen in den wesentlichen Grundzügen Annahme bei Rußland finden.

#### Vorböten der Schlacht.

Petersburg, 26. Juni. Ein Telegramm des Generals Linewitsch lautet: Am 22. Juni verließen die Japaner an der östlichen Eisenbahn unsere Vorposten im Tal des Kooche zu vertreiben, wurden aber in der Gegend von Kailungtschen zurückgetrieben. Unsere Abteilung vertrieb auf dem Wege nach Kailungtschen die japanischen Vorposten und rückte sichtlich vor. Auf dem Wege nach Wanglu wich unsere Abteilung zurück, da sie beträchtliche Streitkräfte des Feindes bemerkte. Die Japaner verfolgten die Abteilung und besetzten Julangtsch. Am 21. Juni nahmen die Japaner die Offensive auf und wurden von Schimnaotse und Louangju zurückgeschlagen. In Korea haben die Japaner am 21. Juni Susheng besetzt.

Ein zweites Telegramm des Generals Sineitsch vom 25. Juni lautet: Am 22. Juni ergriff der Feind in der Gegend von Kailungtschen die Offensive gegen unsere auf dem Wege nach Schimnaotse befindliche Truppenabteilung. Der Angriff war mit einer Umgehungsbewegung auf dem rechten Flügel verbunden und wurde sehr energisch geführt. Die japanische Artillerie beschloß unsere Stellungen und die rasche Bewegung der Kolonne um unsere rechte Flanke bedrohte unseren Rückzug. Hieran sandte der Kommandeur der Abteilung Kavallerie gegen die japanische Kolonne und befahl der Abteilung zurückzugehen; eine Verfolgung von Seiten des Feindes fand nicht statt.

Tokio, 26. Juni. Amlich wird gemeldet: Der Feind, welcher eine Anhöhe nordwestlich von Kailungtschen besetzt hatte, wurde am Nachmittage des 22. Juni angegriffen und vertrieben. Ein Teil des

Feindes, welcher die Anhöhen im Westen besetzt hielt, leistete aber hartnäckigen Widerstand. Die Stellung wurde schließlich durch einen Sturmangriff genommen. Eine andere feindliche Abteilung, welche die Anhöhen im Norden besetzt hatte, wurde von der Front angegriffen. Gleichzeitig machten die japanischen Truppen eine Umgehungsbewegung von Nordosten aus, schnitten den Russen den Rückzug ab und brachten ihnen große Verluste bei. Der Feind hülte in seiner Verzweiflung die Flagge mit dem roten Kreuz, doch hörten die Japaner nicht auf zu feuern. Die Russen flohen in Verwirrung nach Norden. Ihre Stärke betrug etwa 3000 Mann an Infanterie und Kavallerie mit mehreren Geschützen. Der Feind ließ 50 Leichen zurück, seine Gesamtverluste betragen reichlich 200 Mann. Japanischerseits waren die Verluste unbedeutend.

#### Russischer Völkerrechtsbruch.

Singapur, 25. Juni. (Meldung des „Neuterschen Bureaus“.) Der holländische Dampfer „Berlat“ brachte heute die Mannschaft des englischen Dampfers „Jhona“, welcher am 5. Juni durch den russischen Kreuzer „Zeret“ 150 Meilen nördlich von Hongkong zum Sinken gebracht worden ist, an Land. Die Mannschaft war auf den „Berlat“ übergeführt worden, welcher den „Zeret“ am 19. Juni getroffen hatte. „Jhona“ war mit Postsäcken und einer Ladung Reis von Rangun nach Holohama bestimmt.

Dschibuti, 25. Juni. Die Mannschaft des von den Russen versenkten englischen Dampfers „Saint Rilda“ ist an Bord eines russischen Hilfskreuzers hier eingetroffen.

Im englischen Unterhaus gelangten die russischen Geldnoten am Montag zur Besprechung. Es wird darüber aus London telegraphiert:

Mac Arthur richtete eine Anfrage an die Regierung in der Angelegenheit der Beschlagnahme und des Versenkens englischer Schiffe durch russische Kreuzer. Bowles fragte gleichfalls, was in dem Falle des „Knight-Commander“ geschehen sei. Premierminister Balfour erwidert, er hege keinen Zweifel, daß Genehmigung gegeben werden würde. Er sei froh, bezüglich der Frage Mac Arthurs in stände zu sein, dem Hause mitzutheilen, daß England die besten Gründe habe, zu glauben, daß die russische Regierung das Vorgehen der Kreuzer mißbillige und daß an den „Dnieper“ nach Dschibuti Befehle gesandt worden seien, welche eine Wiederholung solcher Verletzungen des Völkerrechts unmöglich machen.

## Soziales.

#### Vom Berliner Kaufmannsgericht.

Ein Anreißer, der polnisch sprechen kann, ist für einen Kleiderhändler in der Linienstraße eine wertvolle Kraft. Darum hatte der Anreißer, der am Sonnabend vor dem Kaufmannsgericht sein Recht suchte, für jeden Sonnabend und Sonntag, wo er vorübergehende Leute zu einem Reinfall in den Kleiderkeller zu bewegen suchte, 2 M. erhalten. Aber eines Sonntags soll er mit unterstehenden Leuten allerlei Insinn getrieben haben, statt in würdiger Weise seine Pflicht zu tun. Deswegen hatte ihn der Chef unter Anwendung ehrentwiederender Worte plötzlich entlassen. Es war ihm nicht möglich, unter ebenso günstigen Bedingungen sofort eine ähnliche Stellung zu finden und nun beanspruchte er 8 M. Gehalt. Es schien jedoch zweifelhaft, ob hier ein solches Anstellungsverhältnis vorgelegen hatte, da nach Aussage des Beklagten und seines Zeugen der Kläger allemal im Laufe der Woche anzufahren pflegte, ob man am nächsten Sonnabend und Sonntag seiner bedürfe. Der Prozeß wurde durch einen Vergleich erledigt, wonach dem Kläger die Hälfte der verlangten Summe zuteil wurde; 2 M. hatte er bereits, u. m. den Hunger seiner Kinder zu stillen, eines Tages von einem Gastwirt erhalten und sie waren vom Chef zurückgezahlt worden, die anderen 2 M. erhielt er bar ausbezahlt. Die Kosten des Verfahrens, 20 Pf. Straßenbahngeld für den Zeugen, übernahm großzügig der Beklagte.

Als gegen die guten Sitten verstoßend konnte wohl mit Recht von Tad u. Co. den Anstellungsvertrag bezweifeln, der für die Leiter der gegen 50 Verkaufsstellen verbindend sein soll, aber, wie der Kläger nachwies, offenbar nur gelegentlich in seiner vollen Schärfe angewandt wird. Der Vertrag gibt der Firma das Recht, einen Geschäftsführer bei irgend welcher Unregelmäßigkeit sofort zu entlassen, ohne dabei an den Rückweis eines Geschäftsbüchens gebunden zu sein. Der Kläger war 4 Jahre als Geschäftsführer einer Filiale tätig gewesen, und es hatten sich bei den halbjährigen Inventuren des fiktiven Rantos von 62 bis zu 181 M. herausgestellt, doch wurde davon wenig Aufhebens gemacht und man berechnete sie einfach auf die dem Kläger neben seinem Gehalt zustehende Provision. Außerdem war die Firma durch eine Kautions von 2000 M. gegen Verluste gesichert. Als jedoch bei der letzten Inventur 65 M. Rantlo und außerdem festgesetzt wurde, daß der Kläger 75 M. Kredit ausstehen hatte, wurde er ohne Beachtung der Kautionsfrist entlassen. Das Kreditgeben an Käufer ist zwar durch den Vertrag verboten, wird aber, wie ein vom Kläger vorgelegtes gedrucktes Formular zur Feststellung der Außenstände zu beweisen scheint, stillschweigend geduldet. Das Rantlo des letzten Halbjahres, das bei einem Jahresumfah von 61 000 M. nicht als besonders hoch erscheint, wurde vom Kläger darauf zurückgeführt, daß man ihm statt geübter Verkäuferinnen drei Lehrlinge an die Hand gegeben, für die im ganzen 85 M. Monatsgehalt ausgegeben wurden, überwiesen hatte. Daß bei dem Rantlo kein Geschäftsbuch des Klägers vorlag, hatte die Firma ausdrücklich in einem Zeugnis bestätigt. Der eigentliche Grund der Entlassung scheint der gewesen zu sein, daß die Einnahmen der Filiale zurückgegangen waren, was, wie der Kläger bemerkte, schon in den letzten Jahren vor Beginn seiner Tätigkeit der Fall gewesen war und im übrigen auf die Eröffnung von nicht weniger als 6 Konkurrenzgeschäften sowie auf Geschäftsaufösungen, verbunden mit Ausverkäufen, zurückzuführen war. Der Vertreter der beklagten Firma erklärte sich wohl zu einem mageren, den Kläger nicht befriedigenden Vergleich bereit, meinte aber im übrigen, daß ein derartiger Vertrag wie der vorliegende notwendig sei. Das Gericht kam zu keinem Urteilspruch, sondern ordnete weitere Beweisaufnahme an. Unter anderem soll die Beklagte einen Provisionsauszug aus ihren Geschäftsbüchern vorlegen, da der Kläger neben seinem Gehalt selbstverständlich auch die ihm durch die vorzeitige Entlassung entgangene Provision beansprucht.

Ob kaufmännische Angestellte oder gewerbliche Arbeiterin? Diese Frage war bei der Klage einer Lageristin gegen den Chef einer Wäschefirma von Bedeutung. Die Lageristin hatte wohl vorwiegend kaufmännische Arbeiten verrichtet, aber auch Wäsche geplättet, was übrigens in derartigen Geschäften auch von rein kaufmännischen Angestellten ausgeführt wird. Zu ihren Ungunsten schien der Umstand zu sprechen, daß sie bei Antritt der Stellung dem Chef ihr aus einem anderen Arbeitsverhältnis herrührendes Arbeitsbuch übergeben hatte. Der Fall wurde durch einen Vergleich erledigt, wonach die Lageristin statt der verlangten 54 M. 20 M. erhielt. Der Vorsitzende des Gerichts gab ihr schließlich noch den Rat, in Zukunft, wenn sie als Handelsgeschäftsin eine Stellung bekleide, keine Eintragungen in ihr Arbeitsbuch machen zu lassen.

„Sozialist bin ich nicht, aber Antisemit bin ich in Ihrem Hause geworden.“ So hatte der Angestellte zu dem Chef eines großen Exportgeschäftes gesagt, nachdem dieser ihm sozialistische Anreizungen vorgeworfen und unter anderem auch davon gesprochen hatte, daß er ihn „elckhaft“ sei. Es kam in der Verhandlung über diesen Fall auch eine Notiz aus dem „Vorwärts“ zur Sprache, in der der Kläger, der Angestellte, als ein „antisemitischer Jude“ bezeichnet worden war, was aber offenbar auf einem Irrtum beruhte. Für die Sache selbst war diese Notiz nur von geringer Bedeutung. Da der Kläger als portugiesischer Korrespondent und Kenner der in Betracht kommenden Abgabengebiete der Firma besonders wertvoll erschien, hatte sie ihn durch eine „Konkurrenzklause“ gebunden.

Bei 3000 M. Konventionalstrafe zwei Jahre lang nach Lösung des Anstellungsvertrages bei keiner Konkurrenzfirma in Stellung zu treten, noch direkt oder indirekt für eine solche tätig zu sein. Durch den angegebenen Wortwechsel und damit zusammenhängende Streitigkeiten kam es zur Kündigung durch den Chef und zur vorzeitigen Lösung des Arbeitsverhältnisses. Der Kläger beanspruchte sein Gehalt bis Ende Juni, 376 M., und Befreiung von der Konkurrenzklause. Die Verhandlungen nahmen einen eigentümlichen Anfang, indem der Kläger dem Beklagten die Frage vorlegte, ob er sich, da sie in politischer Hinsicht einander oft als Gegner gegenüberstünden hätten, befehlen wolle. Die Frage wurde verneint; einen Ablehnungsantrag erklärte der Kläger nicht stellen zu wollen. Die Verhandlung dauerte geraume Zeit. Das Gericht nahm in seinem Urteil an, daß der Beklagte nicht ganz unschuldig an der Lösung des Arbeitsverhältnisses sei und daß demgemäß der § 75 des Handelsgesetzbuches zutreffend. Es beschränkte die Konkurrenzklause auf bestimmte südamerikanische Staaten und erklärte im übrigen die Gehaltsansprüche des Klägers für berechtigt.

**Langdauernde Rentengewährung ohne formellen Bescheid der Berufsgenossenschaft** erstet solchen Bescheid. — Hineingefallen ist die Zuder-Berufsgenossenschaft mit einem Bescheid, durch Nachholung eines vor 14 Jahren verfallenen formellen Rentenscheinsbescheides zu erzielen, was sonst nur durch ein Verschärfen auf Rentenberaubung unter Beachtung der Vorschriften des § 88 des Gewerbe-Unfallversicherungs-Gesetzes möglich ist. Der Arbeiter Müller hatte 1890 durch Betriebsunfall in einer Zuderfabrik auf einem Auge jede Sehfähigkeit verloren. Nach Entlassung aus der Augenklinik in Halle a. S. sah die Vorstand der Zuder-Berufsgenossenschaft den Bescheid, M. eine Rente von 33 1/2 Proz. zu gewähren, und der Bescheid erhielt denn auch diese Rente, ein formeller, berufsgenossenschaftlicher Bescheid wurde ihm aber nicht erteilt. Auch im folgenden Jahre erhielt er einen solchen nicht, obwohl eine Nachuntersuchung erfolgte und Sanitätsrat Dr. Fischer aus sprach, die 33 1/2 Proz. wären wahrscheinlich dauernd zu gewähren. 1903 wurde ein neues Verfahren notwendig, da M. Bescheid erhalten hatte. Das tote Auge mußte aus der Sehlinie entfernt werden. Darauf gab Dr. Fischer zu Beginn des Jahres 1904 ein Gutachten ab, daß 25 Proz. ausreichend seien. Auch jetzt wurde kein Bescheid erteilt. M. erhielt aber ruhig seine 33 1/2 Proz. bis zum September 1904. Dann aber, nachdem man wohl das Fehlen eines formellen Bescheides erkannt hatte, erteilte die Berufsgenossenschaft einen solchen in der farnosen Fassung, daß M. für die Zeit vom Jahre 1890 bis zum 1. September 1904 eine Unfallrente von 33 1/2 Proz. und von da ab eine solche von 25 Proz. zu gewähren sei.

M. klagte auf Weitergewährung der 33 1/2 Proz. und das Schiedsgericht gab seinem Antrage statt und verurteilte die Berufsgenossenschaft demgemäß.

Die Berufsgenossenschaft legte noch Rekurs ein beim Reichs-Versicherungsamt und nahm das Rechtsmittel trotz Zuredens des Senatsvorsitzenden Dr. Friedensburg nicht zurück. Der Senat verwarf am 24. Juni den Rekurs der Berufsgenossenschaft, indem er davon ausging, daß es sich hier um ein unzulässiges Vorgehen der Berufsgenossenschaft handle, insofern die mehr als zehn Jahre gewährte Rente von 33 1/2 Proz. vom 1. September 1904 ab auf 25 Proz. vermindert werden sollte. Das Reichs-Versicherungsamt ist der Meinung, daß eine langandauernde bestimmte Rentengewährung ohne formellen Bescheid einen solchen erstet. Es ist deshalb nach Ansicht des Gerichts verfehlt, nach beinahe 14 Jahren einen Bescheid zu erteilen, der die fragliche Minderung der Rente enthält, nachdem die 33 1/2 Proz. solange gezahlt worden sind, wenngleich ohne formellen Bescheid. Die Herabsetzung der Rente hätte nur wegen Eintritts einer wesentlichen Besserung im Zustande des Verletzten unter Beachtung der Vorschriften des § 88 des Gewerbe-Unfallversicherungs-Gesetzes herbeigeführt werden können. Im vorliegenden Falle gemäß Absatz 3 dieses Paragraphen nur auf Antrag der Berufsgenossenschaft durch Entscheidung des Schiedsgerichts.

## Gewerkschaftliches.

### Arbeitergroßen!

Ein ständiges Thema war in der Zentrums-Presse das der „sozialdemokratischen Agitatoren“, die sich „von Arbeitergroßen mästen“. Durch derartige Notizen wollte man auf die niederen Instanzen der unangestützten Arbeiter wirken, damit sich diese von der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften fernhielten. Nach Gründung der christlichen Gewerkschaften verschwand das beliebte Thema so nach und nach aus der Zentrums-Presse und findet man nur noch hin und wieder eine auf die Agitation hinzielende Notiz in irgend einem Kaplansblatt.

Es hat die Wendung der Dinge aber auch seine guten Gründe! In den christlichen Gewerkschaften sind jetzt schon 91 Beamte gegen Gehalt angestellt und wird darauf gesehen, diese Zahl noch fortwährend zu vermehren. Also 91 Agitatoren, die sich von Arbeitergroßen mästen, wenn man im Zentrumsjargon sprechen wollte.

Wie sich doch die Zeiten ändern!

### Berlin und Umgegend.

Der Streik der Berliner Teppichweber ist nach 12wöchentlicher Dauer in 2 Fabriken beendet, dagegen dauert er bei der Firma Feibisch ununterbrochen fort. Die Firmen Waader und Benjamin bewilligten nach langen Verhandlungen durchschnittlich 8 Proz. Lohn- und Lohnerhöhung für die Weber und ihre Hilfsarbeiterinnen. Für die Lohnarbeiter und Hausdiener war es nicht möglich, eine Lohnaufbesserung durchzusetzen. Für die Weber wurde ein Stundenlohn bei der Firma Waader von 35 Pf. und bei der Firma Benjamin von 40 Pf. pro Stunde vereinbart. Eingestellt werden sämtliche Arbeiter bis auf 2 Hausdiener. Den Hauswebern von Bernau und Romanow wurden annähernd dieselben Zugeständnisse gemacht wie den Berliner Kollegen. — Herr Feibisch, der in der Teppichfabrikation fast durchweg den niedrigsten Lohn zahlte, hat sich bis jetzt noch nicht bequemt, den Arbeitern annehmbare Zugeständnisse zu machen, die zu einer Einigung führen könnten. In diesem Betriebe wird der Streik mit aller Energie fortgesetzt, bis zwischen Herrn Feibisch und den Streikenden ein ehrenvoller Friede zustande gekommen ist. Es verharren auch weiterhin die Feibisch'schen Hausweber in Bernau und Romanow im Auslande. — Die Streitenden richten an die gesamte Arbeiterschaft den Appell, sie in diesem Kampfe durch Fernhaltung von Arbeiterwilligen zu unterstützen.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck ersucht.

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Kautschuk- und Mischfabrik der Spirit- und Bismarckfabrik Hermann Meyer u. Co., Watzlar, 11/12, sind sehr der Aufbesserung bedürftig. Zweckmäßige Regelung dieser Verhältnisse reichten die in Betracht kommenden Arbeiter auf schriftlichem Wege ihre Wünsche ein und ersuchten die Firma, bis Sonnabend d. d. 26. Juni, einen Bescheid zuzulassen. Ohne jeglichen Grund wurden darauf am Freitagabend mehrere Arbeiter entlassen. Als am Sonnabend früh eine Kommission der noch im Betriebe befindlichen Kautschuk vorkontrolliert wurde und die Biedereinstellung der Entlassenen verlangte, wurde dieselbe kurz abgewiesen. Darauf legten sämtliche noch im Betriebe befindlichen Kautschuk die Arbeit nieder. Eine Verhandlung seitens der Vertreter des Verbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter wurde von der Firma abgelehnt. Die Firma H. Meyer u. Co., welche in Berlin sehr viele Filialen hat, auf die Kundschaft der Arbeiter rechnet und nur durch dieselbe besteht, war seit Jahren bestrebt, ihren Arbeitern das Koalitionsrecht zu verweigern. Die Aufsicht Berlins werden ersucht, den Zugang fernzuhalten und dort keine Arbeit anzunehmen.

Die Ortsverwaltung des Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands.

**Achtung, Kleber und Bauhandwerker!** Die bei uns organisierten Kleber sind verpflichtet, heute Dienstag abends von 8 Uhr ab die Kontroll-Legitimation in Empfang zu nehmen.

Der Vorstand der Freien Vereinigung der Tapezierer Berlins.

Bureau: Schillingstr. 18/19. Teleph.: Amt I 1908.

### Deutsches Reich.

**Achtung, Fliesenleger.** Die Firma Opderbeck u. Reese in Düsseldorf sucht auswärtige Fliesenleger nach Düsseldorf. Die dortigen Kollegen befinden sich seit längstem wegen fortgesetzter Preisreduzierungen seitens obiger Firma im Streit. Verhandlungen legte die Firma mit dem brüskierten Verwehren ab, sie habe weder Lust noch Zeit, mit den Arbeitern zu verhandeln. Wir bitten die Kollegen Deutschlands, den Zugang nach Düsseldorf streng fernzuhalten und ersuchen alle arbeiterfreundlichen Blätter, besonders Rheinlands und Westfalens, um Abdruck dieser Notiz.

Die Vereinigung der Fliesenleger Deutschlands.

**Zum Kampfe in der Zigarettenindustrie Dresdens.** Am Freitag lagte im großen Saale des Triangons eine Versammlung der ausgeperrten Zigarettenarbeiterinnen und -Arbeiter. Sie nahm Stellung zu der Frage, welches Interesse der Trust an der Verlängerung des Kampfes habe. Nach den Ausführungen der Redner ist der Trust (die Firmen Jasmagi und Jofetti) an der Verlängerung des Kampfes in hohem Maße interessiert. Sein Bestreben sei, andere mitkämpfende Firmen zur Streide zu bringen. Für die jahrelang ausgestandene Qual, die ihm durch die anderen Firmen bereitet worden sei, wolle er sich entschädigen. Ein Schauspiel für Götter sei es, zu sehen, wie diese feindlichen Brüder, die sich gegenseitig den Tod geschworen, jetzt gemeinsame Sache machten, weil es gelte, Tausenden von Arbeiterinnen das Koalitionsrecht zu nehmen. Der Trust würde, zum Schaden der anderen Firmen, reichlichen Nutzen aus diesem Kampfe ziehen, das möchten sich die Anti-Trustler gelagt sein lassen. Heftiger Protest wurde dagegen eingelegt, daß Ausländer, die sich sowohl unter den Trust, wie Anti-Trust-Lenten befänden, es wagen dürften, deutschen Bürgerinnen und Bürgern gesetzlich gewährleistete Rechte zu rauben. Im weiteren Verlaufe der Versammlung machte der Vorsitzende des Tabakarbeiter-Verbandes, Deichmann-Bremen, den Vorschlag, noch einmal die Hand zum Frieden zu bieten, und empfahl nachstehende Resolution:

Die im Auslande sich befindenden Zigarettenarbeiter und -Arbeiterinnen belunden aufs neue, daß sie nach wie vor an ihren Bekannten Forderungen festhalten. Um aber zu zeigen, daß es ihnen wirklich ernst ist mit der (vom Arbeitgeberverband allerdings angezweifelt) dargebotenen Friedenshand — in der Versammlung vom 14. Juni 1905 —, erklären sie sich damit einverstanden, wenn die Auslandsleitung dem Arbeitgeberverband in der Zigarettenindustrie für Dresden und Umgegend den Vorschlag macht, die Herren J. Schloßmacher, Syndikus des deutschen Tabakvereins, und H. Reister, Reichstags-Abgeordneter, zu ersuchen, einleitende Schritte zur eventuellen Verständigung zu unternehmen.

Ausnahmsweise wolle man einmal einem Blatte der „Süd-deutschen Tabakzeitung“, dem legitimen Organ der deutschen Tabakindustriellen, Rechnung tragen, die ebenfalls wiederholt empfohlen habe, den Vorstand des Tabakvereins als Vermittler anzurufen. Mit dem Hinweise, daß, wenn der Arbeitgeberverband diesen gutgemeinten Vorschlag nicht akzeptiere, der Kampf ungeschwächt weitergeführt werden müsse, wurde die Resolution einstimmig angenommen. Man wird ja nun abwarten müssen, welche Stellung der Arbeitgeberverband nunmehr einnehmen wird. Im Kampfe befinden sich noch über 3000 Zigarettenarbeiterinnen. Arbeiter Deutschlands, unterstütze die kämpfenden Zigarettenarbeiterinnen.

### Die Aussperrung an der Unterweser.

Aus Bremen haben wir und geschrieben: Die Drohung der Räumung der Werftleitung, daß, wenn bis Freitag zwischen der Leddenborg'schen und Seebeck'schen Werft und den daselbst ausständigen Rießelschmieden keine Einigung erzielt sei, am Sonnabend auch sie den Betrieb schließen werde, ist Sonnabend-abend tatsächlich ausgeführt worden. Die gesamten Räumungsbetriebe Arbeiter — etwa 800 an der Zahl — erhielten ihre Entlassung. Nur einzelne sollen vorläufig noch weiter arbeiten und mit Ausräumungsarbeiten usw. beschäftigt werden. Damit wäre nun die Schär der von dem prophezeiten Übermut der Werftgewaltigen aufs Straßenpflaster geworfen auf ca. 3400 gestiegen. Gerade die Räumungsbetriebe Werft verfügte über einen ausgedehnten Stamm Arbeiter, der lange Jahre — viele sogar 15—20 Jahre — dort gearbeitet hat. Auch diese Leute sind jetzt der Kapitalistolidarität geopfert worden. Den Mut und die Standhaftigkeit der Arbeiter, deren bedingungslose Unterwerfung gefordert wird, hat jedoch auch dieser neueste scharfschmerzliche Brutalitätsakt nicht zu brechen vermocht. Daß nun dadurch das Werftkapital endlich die Lehre zieht, daß es in der Arbeiterschaft keine blinden Höden vor sich hat und die Arbeiterolidarität heute kein über die Wahn mehr ist, das gibt es natürlich nicht. Durch seine Presse läßt es erklären, und auch unsere Informationen bestätigen es, daß, falls auch jetzt keine Beilegung des Konfliktes erfolgt, im Laufe dieser Woche zunächst der Betrieb der „Kulkan“-Werft in Wegesfeld und darauf derjenige der „Klinker“-Werft in Bremen geschlossen werden soll. Anmöglich wäre es außerdem nicht, daß auch der „Norddeutsche Lloyd“ sich diesem Vorgehen anschließen und zunächst in bestimmten Betriebszweigen seiner großen Bremer Werftstätten Arbeitsentlassungen vornehmen werde. Die nächsten Tage schon werden zeigen, ob man wirklich diese neuesten brutalen Willkürschritte zu führen sich unterläßt.

Einen treffenderen Beweis von der Kulturfeindschaft, ja von der Gemeingefährlichkeit der Unternehmervereinigungen, als wie er in dem jetzigen schamlosen Vorgehen der Werftgewaltigen an der Unterweser zutage tritt, dürfte es kaum geben. Allerdings in den Brutalitätsakten der ostelbischen Junker und derjenigen der Kohlen- und Schlotbarone findet er ein ebenbürtiges Gegenstück.

**Der kollektive Arbeitsvertrag in der Offenbacher Portefenille-Industrie** ist nunmehr mit einigen Änderungen auf die preussischen Dörfer Bergen, Eufheim, Fachsenheim und Bischofsheim, alle in der Nähe von Frankfurt a. M. gelegen, ausgedehnt worden. Sie sind der Hauptsitz der Dörfer-Portefenille-Industrie, die dort 828 Arbeitskräfte ausschließlich in Handindustrie und Heimarbeit beschäftigt und Geldtaschen erzeugt, die anscheinend aus einem Stück bestehen. Wirklich ist das Leder gestickt und wird nach überläge gezogen, wo es Form und Falten der Tasche erhält; mit Wachs usw. wird an Naht und Ranten nachgeholfen. Die Prozedur strengt den Körper an und wirkt für den weiblichen Organismus schädlich. Der neue Vertrag verbietet nun die Anlernung neuer weiblicher Mägen und Anschläger, ferner dürfen an der Steppmaschine Arbeiterinnen unter 15 Jahren nicht beschäftigt werden. (Erstrecht werden muß der gänzliche Ausschluß von Frauen an Steppmaschinen ohne motorische Kraft.) Die wöchentliche Arbeitszeit setzt der Vertrag fest auf 57 Stunden, also drei Stunden mehr wie in der Offenbacher Portefenille-Industrie. Als Begründung für die längere Arbeitszeit gab die Arbeitgeber an, ihr Personal habe keinen weiten Weg zur Arbeitsstätte. Dieser Begründung mußte einstweilen nachgegeben werden. Der Vertrag setzt Mindestlöhne fest, die den Altkollegisten garantiert werden. Heimarbeitern ist die Beschäftigung von Lehr- und jugendlichen Arbeiterinnen nicht gestattet; in Werkstätten ist auf zwei Gehälfen höchstens ein Lehr- und jugendlicher Arbeiter zugelassen. Bis Sonnabend hatten 82 Arbeitgeber mit 233 Arbeitskräften bewilligt. 19 mit 95 Beschäftigten waren noch rückständig. Bei diesen 19 soll am 1. Juli in den Streik getreten werden. — Der Offenbacher Vertrag ist von der Fabrikantenvereinigung mit allen gegen nur

drei Stimmen genehmigt und gleichzeitig ist durch Beschluß ausgedrückt worden, daß die Abmachung, nach der bei Abwehr „ungerechtfertigter Forderungen“ den Mitgliedern der Vereinigung Bestand und Hilfe zu gewähren ist, auf Forderungen aus dem Vertrag außer Kraft gesetzt wird. Zur Androhung von Konventionalstrafen bei Tarifbruch hat die Vereinigung sich aber nicht aufgeschwungen.

**Zum Lohnkampf der Steinarbeiter in Straßburg i. E.** Da den Unternehmern es absolut nicht gelingen will, Arbeitswillige zu finden, und die Streikenden nicht daran denken, ohne feste Vereinbarung auf ihre verlassenen Arbeitsplätze zurückzukehren, so soll jetzt ein verzweifeltes Mittel zur Anwendung kommen. 100 Kunststeinarbeiter sollen nach Straßburg herangezogen werden, um die Steinhauearbeiten durch Zement (Kunststein) zu ersetzen. Wir ersuchen daher die Kollegen allerorts sowie jeden Arbeiterfreund, nicht nur den Zugang von Sandsteinarbeitern, sondern auch insbesondere die Zuwanderung von Zementurern (Kunststeinarbeitern) mit allen möglichen Mitteln zu verhindern.

Heber etwaige geplante Zureise ersuchen wir um sofortige Mitteilung darüber. Kollegen allerorts, bewahrt Euer Solidaritätsgefühl Euren kämpfenden Brüdern gegenüber, denn unser Kampf ist schwer.

Die Streikkommission der Steinarbeiter.

J. A.: Strauß, Steinhauer, Straßburg i. E., Volksgarten.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Mordprozeß Basse.

Der Angeklagte Basse wurde gestern abend vom Schwurgericht zu 6 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt.

### Mordprozeß Niederst.

Das Urteil des Schwurgerichts gegen den Angeklagten Niederst lautete gestern abend auf 10 Jahre Zuchthaus.

**Oberhausen (Rheinland), 26. Juni.** (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die Generalversammlung des christlichen Gewerbevereins der Bergarbeiter erhöhte den Beitrag von 50 Pf. monatlich auf 40 Pf. die Woche. Motiv: Ansammlung eines Kampffonds. Ein baldiger Kampf stände bevor, dafür seien Finanzmittel nötig.

**Münster in Westfalen, 26. Juni.** (W. Z. B.) Der evangelische Missionsprediger in Minden wurde heute auch vom Oberkriegsgericht von der Anklage, in einem am 18. Januar in Donabrid im Zweigverein des evangelischen Bundes gehaltenen Vortrage Einrichtungen der katholischen Kirche beschimpft zu haben, freigesprochen, weil der Tatbestand der Öffentlichkeit des Vortrages nicht gegeben sei.

**Die Regierung greift ein in den Kampf in der bayerischen Metallindustrie.**

**München, 26. Juni.** (W. Z. B.) Im Ministerium des Aeußern sind zur Herbeiführung einer Einigung zwischen den Metallindustriellen und den Arbeitern, und zwar zunächst mit Vertretern der Industriellen, Verhandlungen eingeleitet, welche morgen mit Vertretern der Arbeiter fortgesetzt werden sollen.

### Zur württembergischen Verfassungsrevision.

**Stuttgart, 26. Juni.** (W. Z. B.) Die Kammer der Abgeordneten trat heute in die Beratung der Verfassungsrevision ein. Abg. Hausmann (Vollspartei) wies die Frage auf, ob eine neue Verfassung nicht auf anderem Wege als durch einen Regierungsentwurf erreicht werden könne, da das Gesetz von 1849 noch zu Recht bestehe, wonach die Regierung das Recht hat, im Zusammenwirken mit 64 Vertretern der Oberämter ein Verfassungsgesetz zu schaffen. Gröber (Zentr.) beantragt, die staatsrechtliche Kommission mit der Prüfung dieser Frage zu beauftragen. Ministerpräsident Dr. von Breiling erklärt, daß die Regierung die Auffassung Hausmanns nicht teile. Hausmann zieht darauf seine Anregung und Gröber seinen Antrag zurück.

### Das Urteil im „Simplizissimus“-Prozeß.

**Stuttgart, 26. Juni.** (W. Z. B.) Der Schriftsteller Ludwig Thoma wurde heute zu sechs Wochen Gefängnis und der Redakteur des „Simplizissimus“, Julius Lindeggel, zu 200 M. Geldstrafe verurteilt wegen Beleidigung der am Kölner Sitzungslokalen beteiligten preussischen Beamten durch ein Gedicht im „Simplizissimus“. Wegen Beleidigung des Dresdener Schöffengerichts wurde Redakteur Lindeggel ebenfalls zu 200 M. Geldstrafe verurteilt.

### Russische Auswanderer.

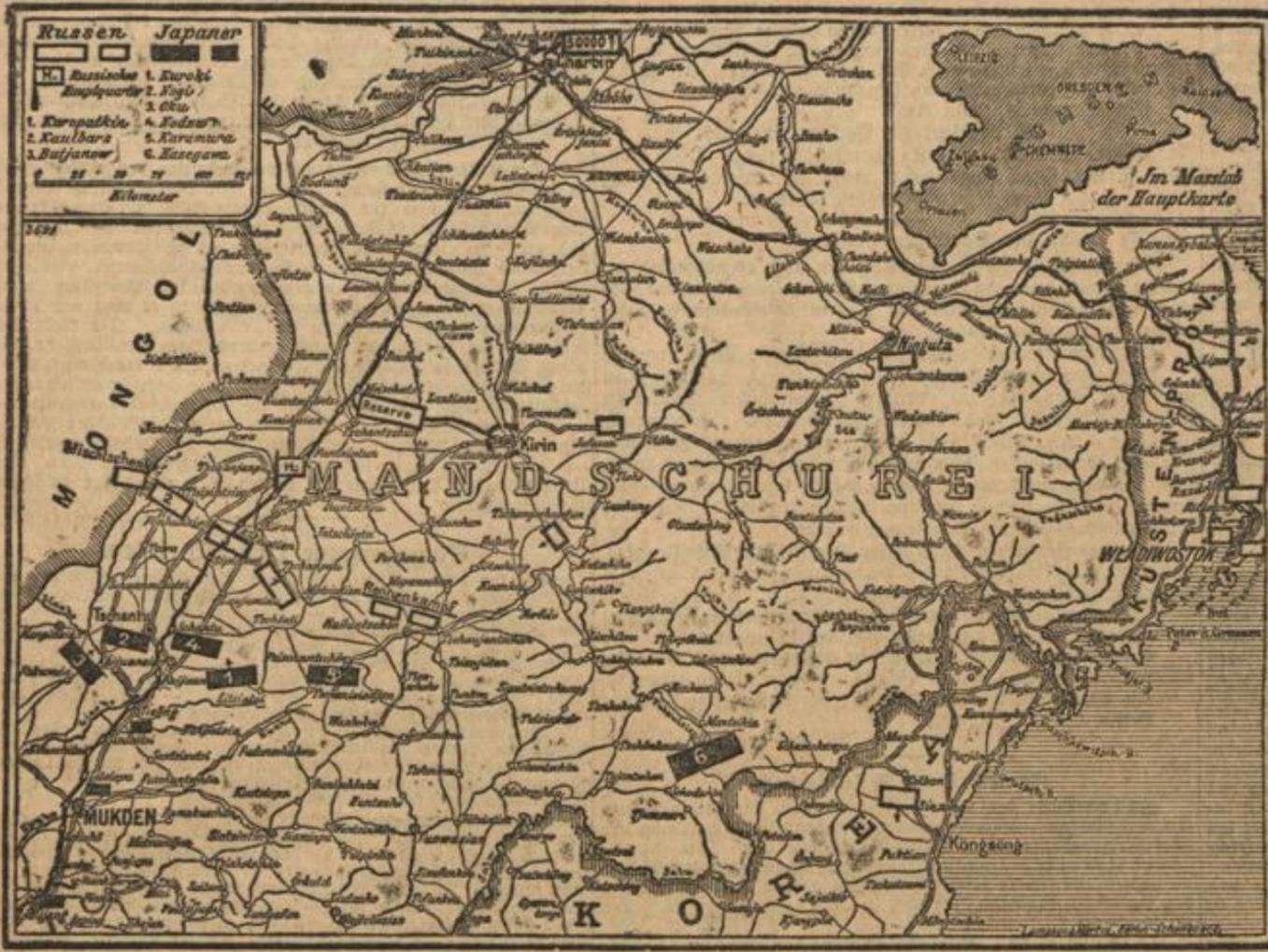
**Wien, 26. Juni.** Abgeordnetenshaus. Bei der Verhandlung über einen Dringlichkeitsantrag Dazynski, der die Regierung auffordert, politische Flüchtlinge aus Rußland menschlich zu behandeln und das Asylrecht nicht zu verlegen, erklärt der Minister des Innern, daß mit Kenntnis der Behörden auf dem Wege privater Wohlthätigkeit russischen Einwanderern Hilfe geleistet worden sei. Die Behörden gingen stets mit größter Humanität und Rücksicht vor. Besonders sei mit Rücksicht darauf, daß das Deserteursstatut, das früher bestanden, aufgehoben sei, keine Abschlebung an die russische Grenze erfolgt. Es hätte keiner Aufforderung an die Behörde bedurft, auch zukünftig in gleicher Weise vorzugehen. Die Dringlichkeit und der Antrag selbst werden hierauf angenommen.

(Der österreichische Minister höhnt, wie man sieht, nicht die „Schrotter und Verschwörer“, verteidigt auch keine Döllin-Praktiken.)

### Die Friedensverhandlungen.

**Washington, 26. Juni.** Meldung des Reuterschen Bureaus. Rußland sowohl wie Japan haben dem Präsidenten Roosevelt mitgeteilt, daß ihre Bevollmächtigten im ersten Drittel des Monats August in den Vereinigten Staaten zusammentreffen werden.

**London, 26. Juni.** (W. Z. B.) Unterhaus. Im Namen der Opposition beantragt Robert Reid, der Regierung wegen der Betrügereien bei den Lieferungen für die Armeen in Südafrika einen Tadel auszusprechen. Er wolle nicht behaupten, daß die Minister die Betrügereien stillschweigend geduldet hätten, die Betrügereien wären aber nicht vorgekommen, wenn die Minister ihre Pflicht getan hätten. Staatssekretär für Indien, Brodrick, der zu der Zeit, als die in Frage stehenden Lieferungsverträge in Südafrika abgeschlossen wurden, Kriegsminister war, bestritt entschieden, daß er sich Nachlässigkeit habe zuschulden kommen lassen. Die Verluste, die dem Lande durch die Lieferungsverträge erwachsen seien, seien sehr übertrieben worden. Die Minister hätten nichts zu verschweigen und er sei überzeugt, daß, je eingehender die königliche Kommission ihre Untersuchung gestalte, desto größer die Genugtuung sein werde, die nicht nur der Ehre, sondern auch den Fähigkeiten derjenigen durch die Untersuchung werde zuteil werden, die das Kriegsministerium und die damit in Verbindung stehenden Behörden verwalten.



Die Kriegslage in der Mandschurei.

Alle Berichte vom Kriegsschauplatz stimmen darin überein, daß die Japaner seit Wochen zu einem großen Schlag ausgeholt haben und daß die russische Armee sich zurzeit bereits in sehr ungünstiger Lage befindet. Stellenweise wird behauptet, General Linowitsch hätte eine Umgehung seines linken Flügels nicht verhindern können, so daß, wenn er nicht sofort den Rückzug bewirkte, eine Katastrophe für das russische Heer zu erwarten stände.

Daß sich auf dem linken russischen Flügel die Lage für die Russen immer schwieriger gestaltet, scheint zweifellos, da mit der Zeit die 6. japanische Armee, die von Nord-Korea aus ihren Marsch nach Kirin unternimmt demnächst auf dem Schlachtfeld ankommen wird. Nach den letzten Berichten befindet sie sich rund 180 Kilometer von dem äußersten rechten japanischen Flügel entfernt und schiebt sich auf der Straße von Könfong nach Kirin in nordwestlicher Richtung vor. Die japanischen Stellungen ziehen sich in langer Linie von der mongolischen Grenze westlich Tschantu bis in die Nähe von Gailantschön, und zwar befindet sich auf dem äußersten linken Flügel in schwächerer Stellung General Du mit der 3. Armee, nach rechts anschließt sich Rogi mit der 2. und westlich der Eisenbahn Koku mit der 4., darauf Kuroki mit der 1. und Kawamura mit der 5. Armee. Letzterem gegenüber und zwar in bauernder Fühlung mit ihm befindet sich das gemischte Korps des Generals Remenkaupf. General Kuropatkin mit der 1. Armee befindet sich auf dem linken Flügel an der Straße von Kirin nach Gailantschön, General Radjefoff im Zentrum an der Eisenbahn bei Sopinghai und General Kaulbars mit der 2. auf der Straße von Tschantu nach Tschangtschun; den äußersten rechten Flügel nimmt General Wischitschenko mit seiner Kavallerie ein. Das Hauptquartier der Russen befindet sich in Sumbusin an der Eisenbahnlinie, etwa 30 Kilometer rückwärts der eigentlichen Hauptstellung. Starke Reserven sollen sich bei Tschantu und vor allem in Chardin, in letzterem Orte allein 50 000 Mann, befinden; stark militärisch besetzt ist außerdem Ringata und der Bezirk von Wladiwostok. Außerdem soll eine größere russische Heeresabteilung von Wladiwostok nach Korea vorgebracht sein und sich zurzeit bei Pison unweit Könfong circa 150 Kilometer südlich des Thermen-Flusses befinden. Für einen eventuellen Rückzug der Russen sollen bei Kirin und Chardin starke Befestigungswerke errichtet sein.

Dies dürfte in kurzem die jetzige Position der beiden Armeen darstellen, aus welcher sich die nächste Schlacht entwickeln dürfte.

Fünfte Generalversammlung des Verbandes der deutschen Buchdrucker.

Dresden, R., 24. Juni.

In der Vormittags-Sitzung beschließt Rezhäuser seine Ausführungen. Er erblidet unter dem Zusammengehen mit der Arbeiterschaft lange nicht das, was die Leipziger Kollegenschaft darunter erblickt. Bei dem Fall des fraglichen Konsumvereins waren Parteigenossen beteiligt, die ihn aus der Partei ausgeschlossen hätten, weil sie angaben, daß er (Rezhäuser) Vorgänge aus der Partei der Polizei denunzieren könnte. Ihm müsse wenigstens das Recht zustehen, das Verhalten der Nemesis zu konstatieren. Gegen seine Behandlung durch die „Leipziger Volkszeitung“ habe nicht ein Kollege protestiert! Von ihm verlange man die Solidaritätsbetätigung, ihm selber gegenüber habe man sie nicht bestritten. Wenn man vorschläge, den „Correspondent“ nach Berlin zu verlegen, so habe er sich gegen diesen Vorschlag aus objektiven Gründen gewandt. Die Berliner Anträge tragen den Provinzialkollegen seine Meinung, was durch die Debatten bewiesen sei. Auf Einzelheiten will er nicht weiter eingehen, nur einen Vorwurf bezüglich seiner Briefkasten-Notizen weist er zurück. Bezüglich seines Mitsollegen am Fachblatt kann er sagen, daß auch bei diesem böse Absichten niemals obgewaltet haben. Das möge man bei der Redakteurwahl berücksichtigen.

Michaëlis-Erfurt würdigt sich, daß gerade Weber als entragter Anhänger der Sozialdemokratie sich über den scharfen Ton gegenüber dem „Typograph“ wundert, da doch gerade diese Partei sich durch Rücksichtslosigkeit in der Polemik gegen ihre Gegner auszeichnet. Im Jahre 1896 haben die sozialdemokratischen Blätter und Redakteure im Falle von Einsendungen und Nichtigstellungen Redaktionschwänge angehängt, die noch viel lastiger ausfielen als jene Rezhäusers. In seinen Artikeln wird Rezhäuser sich etwas mehr Reserve aufzulegen, aber das Herunterreißen desselben halte er nicht für richtig.

Dorschu-Frankfurt a. M. meint, daß sich nach den Ausführungen Rezhäusers ein gut Teil der Erregung unter den deutschen Kollegen legen wird. Er habe die Ueberzeugung, daß Rezhäuser künftig Meinungen möglichst aus dem Wege gehen wird. Bezüglich der Waisfeier ist so viel Material vorhanden, daß etwas davon wohl auch hätte im „Correspondent“ Aufnahme finden können. Speziell sei es aber die Behandlung der Berliner und Leipziger Gaudvorstände durch den „Correspondent“, die ihm durchaus nicht gefallen habe. Er erwarte entschieden, daß solche Meinungen unterbleiben, dazu möge man auch von der anderen Seite beitragen.

Engelbrecht-Leipzig protestiert dagegen, daß ihm bei seinen Wandlungen in der Redaktion unaufrichtige Motive unterzöhen seien. Die so viel betonte Neutralität muß von beiden Seiten gewahrt werden. Er trage den veränderten Zeitverhältnissen Rechnung, denn der Verkehr mit den anderen Gewerkschaften ist seit der Verschmelzung der Buchdrucker-Gewerkschaft mit dem Verbands unfreier ein besserer geworden und dieser Tatsache müsse auch der „Correspondent“ Rechnung tragen, ohne daß man sich deshalb mit der „Leipziger Volkszeitung“ identifiziere. Man sollte bezüglich der Differenzen mit der Partei, die schon weit zurückliegen, doch auch einmal vergessen lernen! Andersfalls sei der Boden zur Verständigung niemals gegeben. Wir haben in verschiedenen Fällen gemeinsame Sache mit der politischen Arbeiterschaft gemacht — so beim Bierbofott und in anderen Fällen. Wozu also stets das Nachtragen alter Streitfälle?

Döblin meint, daß man zu vergessen scheine, daß ja der Verbandsvorstand zur Abstellung derartiger Beschwerden vorhanden sei und er bitte, derartige Beschwerden zur gütlichen Regelung in künftigen Fällen statutengemäß zu behandeln. Die persönliche Ansprache sei in solchen Fällen stets das beste Vorbeugungsmittel gegen Mißverständnisse.

Raffini weist darauf hin, daß Rezhäuser in künftigen Fällen genau so sachlich schreiben möge, wie er jetzt sachlich gesprochen. Dann würde alles gut sein. Wenn der Berliner Antrag auf Tarifbindung verbandsschädigend sein sollte, dann könne man bei einiger Vorschauigkeit auch alle anderen Anträge, die sich auf Statutenänderung u. beziehen, als verbandsschädigend betrachten. Das bekannte Gut aus „Göttingen“ müsse bei Polemiken nicht herangezogen werden. Er will auf die Briefkastennotizen und Redaktionschwänge zu den einzelnen Einsendungen nicht eingehen, sondern nur konstatieren, daß Krahl in einem Artikel den Berliner Gaudvorstand in unschöner Weise herunterreißt. Als Krahl in die Redaktion des „Correspondent“ eintrat, schrieb der „Vorwärts“: unser Genosse Krahl ist in die Redaktion des „Correspondent“ eingetreten. Nun, dieser Genosse Krahl hat sich gewaltig gemauert! In seinen gewerkschaftlichen Abersichten steck er seine Nase

in die Angelegenheiten anderer Gewerkschaften, so daß man sich gar nicht wundern dürfe, wenn diese über und herfallen. Rezhäuser sei für Krahls Nebergriffe verantwortlich, denn nur er werde von der Generalversammlung gewählt, und Krahl sei ihm nur zur Stütze beigegeben. Seine eigene politische Haltung gegenüber der Sozialdemokratie habe Rezhäuser verhindert zu erkennen, daß diese Partei mehr für die gewerkschaftlichen Interessen der Arbeiter getan hat, als manches Gewerkschaftsblatt. Durch die Leipziger Vorkommnisse ihm gegenüber ist Rezhäuser so verärgert worden, daß er die hohen Ideale der Waisfeier unbeachtet ließ. Das dürfe nicht vorkommen, und die Redaktion muß in Zukunft ihre Pflicht im Sinne der Mitglieder tun. Er wünsche, daß die Partei, welche in allen Gewerkschaftstagen unser Interesse gewahrt, nicht mit Kadelstichen traktiert werde. 1896 wurde von Klapprott erklärt, der Redakteur muß ein Sozialdemokrat sein. Er verlange mindestens aber, daß derselbe nicht gegen die Arbeiterschaft gehe! Zu der Kollegenschaft gehört auch unser Organ, und dies darf sich nicht in Gegensatz zu jener stellen.

Dann wird ein Schlußantrag angenommen. Rezhäuser will auf die Vorwürfe Engelbrechts nicht näher eingehen, um das Zusammenarbeiten in Zukunft nicht zu gefährden, aber wenn die Anschauungen Raffinis von der Generalversammlung geteilt würden, gehe er nicht wieder auf seinen Posten zurück! Wenn er alle Angriffe gegen die Buchdrucker hier gesammelt vorzutragen wolle, so würde das eine schöne Deporello-Liste abgeben. Man verlange Unmögliches, wenn man fordere, daß er in allen Fällen mit der Partei gehe! Er wolle gern jeden Konflikt vermeiden, habe aber dem Interesse des Verbandes zu dienen. Eine andere Erklärung könne er nicht machen.

Rim folgen die üblichen persönlichen Bemerkungen und als Resultat der Verhandlungen faßt der Vorsitzende auf die erfolgte Klärung der Meinungen, welche in Zukunft seinen vorhin huldigebenen Ratsschlag als besten Weg gegenseitiger Verständigung erscheinen lassen.

In der Nachmittags-Sitzung vertritt Ebel-Berlin den von dort gestellten Antrag auf Einsetzung einer Prek-Kommission, welche eventuelle Beschwerden gegen die Redaktion in erster Instanz zu entscheiden habe. Dadurch würden viele Unzuträglichkeiten vermieden.

Bezüglich des Antrags der Sitzverlegung des „Correspondent“ meint Döblin, daß derselbe verfehlt sei, noch verfehlt aber der eben gedeherte Wunsch nach Einsetzung einer Prek-Kommission. Der Vorstand müsse in enger Fühlung mit dem Blatte bleiben und eine unverantwortliche Prek-Kommission könnte sich nur hindernd dazwischenziehen. Die gegenwärtige Zeit halte er nicht dazu angetan, derartige Veränderungen vorzunehmen. Er empfehle daher Ablehnung beider Anträge.

Nach einigen weiteren Ausführungen für und wider erklärt sich Hildebrand-Stuttgart aus rein praktischen Gründen für die Sitzverlegung des „Correspondent“ nach Berlin, wo der Zentralvorstand seinen Sitz habe, das Tariffamt sei und wo alle Fäden des Verbandslebens zusammenlaufen in der Generalkommission.

Die Berliner treten gleichfalls für ihren Antrag unter Anführung gleicher Gründe ein, die von Rezhäuser bekämpft werden.

Für die Einführung einer Prek-Kommission stimmen nur die Berliner, für den Antrag auf Sitzverlegung des „Correspondent“ außer den Berlinern noch eine Minderheit. Beide Anträge sind daher gescheit.

Darauf erstattet die Beschwerdelkommission den Bericht. Bei dieser Gelegenheit wird der prinzipielle Beschluß gefaßt, daß solche Mitglieder, die ins Ausland verziehen, den vom Verufe Abgehenden gleichgestellt werden. Andere Fälle wurden im Sinne der Antragsteller zustimmend entschieden.

Es folgt die Beratung solcher Anträge zur Statutenänderung, mit welchen eine Beitragserhöhung nicht verbunden ist. Ein Antrag, auch die Korrektoren unter den Aufnahmefähigen ausdrücklich zu bezeichnen, wird abgelehnt. In vielen Fällen werden dieselben auch jetzt aufgenommen und dieser Zustand bleibt auch künftig bestehen. Weitere abgelehnte Anträge sind ohne öffentliches Interesse.

Galvanoplastiker unter den heutigen Verhältnissen eine dringende Notwendigkeit sind. Es wird anerkannt, daß gerade die Spezialorganisationen imstande sind, die dem Verbands so nützliche Aufklärung unter den Mitgliedern zu fördern, andererseits der technischen Ausbildung den größtmöglichen Vorschub zu leisten. Aus diesen Gründen wird der Zentralvorstand ermächtigt, sich nötigmachende Kongresse einzelner Sparten finanziell zu unterstützen. Auch steht ihm eine Mitbestimmung über Ort, Zeit und Vertretung auf solchen Kongressen zu.

Die Generalversammlung beurteilt jedoch entschieden Bestrebungen, die ein vom Verband gesondertes Unterstützungsweesen propagieren.

Die Resolution wird einstimmig angenommen und eine andere, welche sich der Interessen der Schriftgießer bei Seymaschinen mit Blechapparaten annimmt, wird als Material zur Tarifberatung dem Vorstande nebst den dazu Berufenen Verbandsfunktionären überwiesen. Nachdem sich Frau Thiede-Berlin mit dem Wunsch fünfzigen gedeihlichen Zusammenarbeitens der beiden Organisationen der Buchdrucker und Hülfsarbeiter verabschiedete, wird die Sitzung um 2 Uhr geschlossen.

Bei den Ausführungen der Frau Thiede in der Donnerstag-nachmittags-Sitzung ist dem Berichterstatter in der Eile ein Satzteil in der Feder geblieben, welcher den Sinn jenes Teiles ihrer Rede beinträchtigte. Frau Thiede erklärte, daß bei ihren Tarifverhandlungen mit dem Prinzipalen Herr Wüstenstein-Berlin als Prinzipalvertreter gesagt: seine Kollegen seien zum großen Teil noch sozialpolitisch rückständig. Wir bitten, diesen Fehler zu entschuldigen.

Genosse Ruffial ersucht um Aufnahme folgender Zellen: Am ersten Verhandlungstage läßt mich der Bericht sagen: „Die einberufene Berliner Gaudvorsteher-Konferenz war meist dazu bestimmt, um den Berliner Gaudvorstand an den Ohren zu kriegen.“ Es soll heißen: war nicht dazu bestimmt usw.

Bei Behandlung der Hülfsarbeiterfrage heißt es in meinen Ausführungen im „Vorwärts“: „Wir haben ein Interesse daran, die vorhandenen Gegensätze zu vertiefen.“ Es soll natürlich heißen: Wir haben kein Interesse daran usw.

Die eingesehenen Manuskripte des Berichterstatters enthalten diese Unrichtigkeiten nicht.

Generalversammlung des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands.

Die Generalversammlung dieser Organisation, die am Samstagabend in Oberhausen (Rheinland) begann, beansprucht Aufmerksamkeit wegen der Stellungnahme zum Vergarbeiterstreik und zur Vergesetztenliste. Die Versammlung ist von 248 Delegierten besucht. Aus dem schriftlichen Jahresbericht sind einige Angaben mitzuteilen, aus denen hervorgeht, daß die Unternehmern, der Fiskus eingeschlossen, im Kampfe gegen die Arbeiterorganisationen keinen Unterschied machen, ob die Organisation sich christlich und patriotisch nennt oder nicht. So heißt es in dem Bericht:

In den angrenzenden Lothringern Gebieten wird der Gewerkschaften arg von den Unternehmern bekämpft, indem man unsere Vertrauensleute mahregelt. Doch auch dieses Experiment wird nicht nützen. Möchten sich die Kameraden in den dortigen Bezirken stets ins Gedächtnis rufen: „Wollen wir wirtschaftlich vorwärts kommen, so können wir das nur, wenn wir dem Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter beitreten.“ Hier darf sie auch eine Erhöhung der Beiträge nicht abhalten, denn ohne Geld keine Macht; ohne Macht sind wir aber der Willkür der Unternehmer preisgegeben.

Auch im Ruhrrevier will es den Grubenverwaltungen immer noch nicht einleuchten, daß der Gewerkschaften erstensberechtigt und daß er den Herren etwas auf die Finger setzen soll, damit bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse geschaffen werden.

Im Sauerlande haben die Fortschritte den Erwartungen nicht entsprochen. Unbegündete Furcht vor dem Unternehmern, dazu an vielen Stellen ein Anbringerium hatten die Kameraden von unseren Reihen zurückgehalten. Das ist eines freien Mannes unwürdig. Im Bergischen Steingebiet und im Westerwald geht es trotz der schwierigen Verhältnisse besser vorwärts. Hoffentlich bricht sich in allen diesen Gebieten immer mehr der Gedanke Bahn: Ohne Organisation keine Erfüllung der berechtigten Arbeiterwünsche und -forderungen. Im Donabrücker Revier wurde der Organisationsgedanke im letzten Jahre immer mehr in die Tat umgesetzt. Schon im Dezember machte sich durch das Vorgehen der Verwaltung auf der Fache „Gruchfrage“ eine gewaltige Unzufriedenheit der Vergarbeiterchaft bemerkbar, welche

Dresden, R., 25. Juni.

In der heutigen Sitzung wurde zunächst die Sparten-Frage erörtert, d. h. das Verhältnis der verschiedenen engeren Berufsgruppen-Organisationen zum Verbands.

Nach längerer Debatte wird folgende Resolution zur Abstimmung gebracht:

Die Generalversammlung erkennt an, daß die im Rahmen des Verbandes wirkenden Spezialorganisationen der Maschinenbauer, Maschinensetzer, Korrektoren, Schriftgießer, Stereotypisten und

dench die wiederholte Bekannmachung der Seilschaftverlängerung und andere schwere Provokationen hell auflockerte und schließlich zum allgemeinen Streik führte.

Der Verein zählt jetzt nach den Angaben des Verichts über 30 000 Mitglieder.

In der Besprechung des Verichts wurden noch von mehreren Rednern Mitteilungen gemacht über Beschimpfungen der Mitglieder durch die Bergbeamten. Ein lothringischer Delegierter teilte mit, daß die kaiserliche Bergbehörde schwarze Listen führe gegen die Mitglieder des Gewerkschaftsvereins. Einige Redner forderten auf, sich für den neuen Streik zu rüsten, der wohl kaum lange ausbleiben werde.

Dann referierte Efferi über die Stellung des Gewerkschaftsvereins zum letzten Streik und legte folgende Resolution vor:

Die Generalversammlung des Gewerkschaftsvereins ist mit der Taktik des Vorstandes bei dem letzten Streik der Ruhrbergleute vollständig einverstanden. Nachdem seit diesem Kampfe von mehreren Seiten die verschiedensten und teilweise sich widersprechenden Auffassungen über die künftige Stellung des Gewerkschaftsvereins in der Arbeiterbewegung abgeleitet wurden, erklärt die Generalversammlung:

1. Der Gewerkschaftsverein stellt sich nach wie vor bei seiner Wirksamkeit auf den Boden der christlichen Weltanschauung. Er vertreibt den Klassenkampf, wie er von der Sozialdemokratie vertreten wird und auch bei der neuesten Praxis der Unternehmerorganisation seinen unverfälschten Ausdruck findet. Die wirtschaftlichen Kämpfe sind für den Gewerkschaftsverein nicht Selbstzweck, sondern Mittel, um dem Arbeiterstand das Emporsteigen zu höherer Kulturstufe zu ermöglichen. Das Ziel des Gewerkschaftsvereins ist die Erzielung von Tarifverträgen, die zwischen den Organisationen der Unternehmer und Arbeiter unter Anerkennung gegenseitiger Gleichberechtigung zu vereinbaren sind. Bei diesem Kampfe ist unter Berücksichtigung der derzeitigen Organisationsverhältnisse der deutschen Bergarbeiter in bestimmten Fällen ein gemeinschaftliches Zusammenwirken mit anderen Organisationen nicht zu umgehen; ein Aufgeben der Grundsätze des Gewerkschaftsvereins kann darin selbstverständlich nicht erblickt werden.

2. Bei der großen Anzahl der in letzter Zeit neu gewonnenen Mitglieder erscheint es notwendig, daß die grundsätzliche Stellung des Gewerkschaftsvereins in der Arbeiterbewegung bei der Agitation mehr hervorgehoben wird. Die Arbeit, die die sozialdemokratischen Gewerkschaften auf dem Kongress über das Verhältnis zwischen ihnen und der sozialdemokratischen Partei geschaffen haben, ist daher zu begründen. Die Generalversammlung ist ganz der Meinung, daß ausgesprochen wird, was ist. Die Worte: „Sozialdemokratie und Gewerkschaften sind eins“, sowie: „Unsere Mitglieder sind antireligiös, weil sie vernünftige Menschen geworden sind“, wurden von dem Kongress ohne Widerspruch, ja mit großem Beifall aufgenommen. Dadurch wurde die Existenzberechtigung und Notwendigkeit der christlichen Gewerkschaften deutlicher denn je bewiesen. Die Generalversammlung fordert daher die Mitglieder des Gewerkschaftsvereins auf, unter denjenigen Vergleichen, die wegen Hochhaltung ihrer religiösen Ideale sich nicht als unvernünftige Menschen beschimpfen lassen wollen, energisch die Agitation zu betreiben und dadurch den christlichen Vergleichen die ihnen gebührende Stellung in der Arbeiterbewegung zu verschaffen.

Sodann sprach derselbe Redner über die Vergesetztenovelle. Die Vergesetztenovelle entspreche noch nicht den geringen Erwartungen, die man an das Dreiklassen-Parlament stellen konnte. Die konservativen Herren halten überhaupt jeden Streik für ein Verbrechen. Dazu komme, daß die Scharfmacher in jedem Kontraktbruch ein Staatsverbrechen erblicken. Jedensfalls habe der Reichskanzler nicht gehalten, was er versprochen habe. Der Reichskanzler sei eben gleichzeitig preussischer Ministerpräsident. Als solcher könne er ohne die Konservativen nicht regieren. Der erste Reichskanzler würde den Konservativen anders heimgeleuchtet haben. Ein großer Erfolg sei aber, daß wenigstens die Arbeiterausschüsse im Dreiklassen-Parlament im Prinzip anerkannt worden seien. In der Praxis sei allerdings nichts damit anzufangen. Ja, er beschränke, das Gesetz werde ein Kampfgesetz zwischen Beamten und Arbeitern werden. Allein es sei keine Aussicht vorhanden, daß man in absehbarer Zeit ein Reichs-Vergesetz erhalten werde, selbst wenn alle Arbeiter sozialdemokratisch wählen. Deshalb sei es erforderlich, daß man an eine praktische Betätigung des Gesetzes herangehe. Andersfalls würden sich die Streikbrecher in die Arbeiterausschüsse wählen lassen.

Der Redner legte darauf noch folgende Resolution vor:

Die zehnte ordentliche Generalversammlung des Gewerkschaftsvereins der christlichen Bergarbeiter erklärt:

1. Die von dem preussischen Abgeordnetenhaus angenommene Vergarbeitschutz-Novelle bedeutet infolgedessen einen Fortschritt, als durch die Einführung von Arbeiterausschüssen das unzeitgemäße Prinzip des patriarchalischen Arbeitsverhältnisses zum Teil aufgegeben und das geheime Wahlrecht gesetzlich vorgezeichnet ist, die direkten Doppelschichten verboten sind, die Mitverwaltung der Arbeiter an den Bescheidensentscheidungen festgelegt und die Willkür hinsichtlich des Strafmaßes in etwas zu beschränken versucht wurde.

2. Die Novelle ist jedoch in der vorliegenden Form praktisch für die Bergarbeiter in keiner Weise befriedigend, so daß sie in derselben keine genügende Einlösung des Versprechens der Regierung erblicken können. Trotzdem fordert die Generalversammlung die Mitglieder des Gewerkschaftsvereins zur praktischen Ausnützung der in der Novelle vorgesehenen veränderten Bestimmungen auf, sobald sie Gesetzeskraft erlangt haben, weil sich nur dadurch die praktische Unzulänglichkeit nachweisen läßt.

3. Die Generalversammlung sieht nach wie vor in den Beschlüssen des ersten preussischen Vergarbeitschutzgesetzes ihre berechtigten Forderungen. Nur eine Gesetzgebungsaktion auf der Basis dieser Forderungen ist geeignet, den sozialen Frieden zu fördern.

4. Zum preussischen Landtage hat die Generalversammlung nicht das Vertrauen auf Bewilligung eines ausreichenden Vergarbeitschutzgesetzes und fordert deshalb die reichsgesetzliche Regelung desselben. Von den arbeiterfreundlichen Parteien erwarten wir, daß sie baldigst die Regierung zu diesem Schritte zu drängen suchen.

Die Resolution zeigt, daß die christlichen Bergarbeiter noch gar nicht wissen, was in dem neuen Gesetze steht. Die Behauptung, daß die Willkür des Strafmaßes darin beschränkt werde, verrät die vollständige Unkenntnis. Es steht tatsächlich kein Wort in dem Gesetze, das der Willkür des Strafmaßes Einhalt tun könnte. In diesem Punkte bleibt alles beim alten. Nur die für und vorchristliche mäßige Forderung zulässiger Strafen, die an Stelle des Nullens eingeführt werden, werden begrenzt, alle anderen Strafen bleiben unbegrenzt.

Zum Schluß nahm die Generalversammlung eine Sympathieerklärung für die ausgesperrten Banarbeiter im Ruhrrevier an. Montag wurden die Verhandlungen fortgesetzt.

### Aus der Partei.

#### Schiedsgericht in Sachen Albert-Breslau gegen Vater-Magdeburg und Sozialdemokratischer Verein Magdeburg gegen Albert.

Von Seiten des Genossen Albert-Breslau war der Antrag auf Ausschluß des Genossen Vater aus der Partei gestellt worden und umgekehrt von Seiten der Magdeburger Genossen der Antrag auf Ausschluß des Genossen Albert. Zur Erledigung dieser Anträge verhandelte am 23. und 24. Juni d. J. in Magdeburg ein Schiedsgericht, aus dessen Vorsitzender Genosse Mollenbuhr vom Parteivorstande bestimmt war, während als Beisitzer die Genossen Ebert-Bremen, Duard-Frankfurt a. M., Vog-Halle, Hug-Vant, Markwald-Forst i. L. und Reufkirch-Breslau von den Parteien ernannt waren und fungierten. Nach eingehenden Verhandlungen und Zuhörvernehmungen kam folgender, den Parteien vom Schiedsgericht einstimmig empfohlener Vergleich zu stande:

1. Albert erklärt: Meine im Laufe der Magdeburger Parteifreistimmigkeiten gegen Genossen Vater erhobenen Anträge kann ich

nicht aufrecht erhalten, weil ich mich überzeugt habe, daß dieselben unwar und ohne jeden tatsächlichen Anhalt konstruiert sind. Ich habe diese Anträge erheben zu können geglaubt, weil ich auf Grund mir gemachter Mitteilungen durch die Annahme so erregt war, Vater wolle mich aus meiner Magdeburger Stellung verdrängen, eine Annahme, die ich nunmehr auch als irrtümlich zugebe und bebaue.

2. Die Magdeburger Parteigenossen nehmen darauf ihre Anträge gegen Albert in der Erwartung zurück, daß Albert in Zukunft im Sinne seiner obigen Erklärung im Verkehr mit Parteigenossen und parteigenössigen Organisationen handelt. Magdeburg, 24. Juni 1905.

H. Mollenbuhr, Vorsitzender.

Fr. Ebert-Bremen, Duard-Frankfurt a. M., Otto Vog-Halle a. S., Paul Hug-Vant, Hans Markwald-Forst i. L., Emil Reufkirch-Breslau, Beisitzer.

### An die Parteigenossen!

Die Komplettierung des Partei-Archivs macht es notwendig, die auf die Arbeiterbewegung bezüglichen Preßerzeugnisse aus den sechziger und siebenziger Jahren des vorigen Jahrhunderts in mehrfachen Exemplaren zu beschaffen.

Sie rechnen hierbei in erster Linie folgende Preßerzeugnisse: Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung (Coburg), Sozialdemokrat und Neuer Sozialdemokrat (Berlin), Demokratisches Wochenblatt (Leipzig), Flugblätter des Vereinstages deutscher Arbeitervereine (Frankfurt a. M.), Arbeiterhalle (Mannheim), Nordstern (Hamburg), Der Sozialdemokrat (Hamburg), Freie Zeitung (Chemnitz), Volksstaat und Vorwärts (Leipzig), die Protokolle der Generalversammlungen des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, die Protokolle der Vereinstage deutscher Arbeitervereine usw.

Parteigenossen, die im Besitz dieser oder ähnlicher Schriften sind, bitten wir, uns dieselben für das Partei-Archiv, eventuell gegen zu vereinbarende Bezahlung, zu überlassen.

Auch wenn es sich um unvollständige Exemplare der genannten Zeitungen handelt, sind wir bereit, dieselben zu erwerben.

Anerbietungen bitten wir an den Verwalter des Archivs, Genossen Max Grunwald, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69, zu richten.

Die Parteipresse wird um Abdruck dieser Aufforderung gebeten. Berlin, den 17. Juni 1905.

Der Parteivorstand.

### Generalfreist und Sozialdemokratie.

Zu dem Buche der Genossin Roland-Holt, das wir in unserer Sonntagsnummer ausführlich gewürdigt haben, liegen vorläufig nur zwei Meinungsäußerungen in der Parteipresse vor. Die „Presse-Lauer, Volksrecht“ widmet dem Buche zwei Artikel, die im ganzen einen meist zustimmenden Auszug aus den Ausführungen der Verfasserin darstellen, sich aber in dem nachstehenden Satze von ihr scheiden:

„Nun gibt es aber auch eine Gruppe von Genossen, die den politischen Massenstreik überhaupt für überflüssig erklärt, weil uns eine friedliche, organische Entwicklung sicher ist. Solchen parlamentarischen Illusionismus glaubt Roland-Holt entschieden entgegenzutreten zu müssen und sie bekämpft energisch die Ansicht Davids, daß wir der Gewalt nichts weiter als die Friedlichkeit entgegenzusetzen haben, weil die Menschheit so oder so doch zu unseren gerechten und zweckmäßigen Ansichten kommen müsse. Sicher geht David darin etwas zu weit, aber in der Hochstirn der Massenstreikdebatten wollen wir doch nicht vergessen, daß die friedliche Entwicklung das wünschenswerteste, das energisch zu fördernde Ziel ist, und daß sie ebensoviel oder ebensoviele Wahrscheinlichkeit für sich hat als die Annahme härterer Zusammenstöße. Wir fördern die Massenstreikdebatte nur aus dem Gesichtspunkte, weil das Proletariat sich für beide Möglichkeiten vorzubereiten hat, nicht aber weil er einen besseren, kürzeren oder sichereren Weg darstellt. Eher ist das Gegenteil der Fall. Von diesem Standpunkte aus kann gar nicht geleugnet werden, daß die heutige bürgerliche Gesellschaft bereits eine Menge von Ansätzen und Bewegungen in der Richtung des Sozialismus hervorbringt, die sich hier schneller, dort langsamer weiterbilden. In den diesbezüglichen Ausführungen können wir der Verfasserin also nicht bestreiten, um so energischer aber in ihrer Wertschätzung des Wahreits.“

In der „Märkischen Volksstimme“ (Forst i. L.) schreibt H. M.:

„Der politische Massenstreik kann die Aufgabe haben, durch eine bloße Demonstration den Willen der Arbeiter zu bekunden. In diesem Falle wird die Arbeit nach vorheriger öffentlicher Vereinbarung nach einem Tage oder nach wenigen Tagen wieder aufgenommen. Wir gestehen: wir halten einen solchen Streik die Opfer nicht für wert, die er erfordert. Was soll man wohl mit einem Streik erreichen, bei dem man von vornherein zugibt, nicht lange ausharren zu wollen oder zu können?“

Anderer der Streik, der mit dem Entschlusse beginnt, nicht früher nachzugeben als sein Ziel erreicht ist.

Die Voraussetzung des politischen Massenstreiks ist, wie die Genossin Roland-Holt eingehend nachweist, außer dem Vorwiegen des Großbetriebes eine gewaltige Erregung, welche die gesamte Arbeiterschaft eines Landes erfasst.

Deshalb kann unseres Erachtens nicht um dringender Forderungen, wie z. B. der gesetzlichen Festlegung des Achtstundentages wegen oder um der Abwehr verderblicher Maßnahmen willen, ein politischer Massenstreik ins Leben gerufen werden. So hätten wir durch den Generalfreist die Annahme der Handelsverträge nicht verhindern können. Wenn aber die Verhältnisse so liegen, daß Maßnahmen ergriffen werden sollen, welche jede gesetzliche Wahrung von Arbeiterinteressen in Zukunft unmöglich machen, wie bei einem Attentat auf das Reichstags-Wahlrecht in Deutschland, oder wenn es gilt, einen Zustand zu schaffen, der die gesetzliche Wahrung von Arbeiterinteressen inmitten schändlicher Unterdrückung ermöglichen soll, wie jetzt in Rußland, oder wenn die parlamentarische Mehrheit einmal dem Proletariat gehört und eine Abrechnung zwischen proletarischem Parlamentarismus und monarchisch-absolutistisch-kapitalistischer Regierungsgewalt nötig ist, dann muß und kann die Energie des Proletariats zu einem solchen Höhepunkt gesteigert werden, daß es sein Alles freudig an seine Befreiung setzt.“

Mit dem Organisationsstatut beschäftigten sich die Genossen in Jena in zwei Wahlvereinsversammlungen. Das Ergebnis dieser eingehenden Beratungen ist die Stellung von drei Änderungs- bzw. Ergänzungsanträgen, die an den deutschen Parteitag gestellt werden. Der § 3, zweiter Satz, lautet im Entwurf: „Der Antrag auf Einsetzung eines solchen Schiedsgerichts kann nur durch eine Parteiorganisation gestellt werden“. Die Jenaer Genossen beantragen, ihm folgende Fassung zu geben: „Der Antrag auf Einsetzung eines solchen Schiedsgerichts muß, wenn es der Ausschlossene verlangt, durch die Parteiorganisation erfolgen“.

Begründet wurde diese Änderung damit, daß es der Parteiorganisation nicht überlassen bleiben dürfe, ob sie einem derartigen Antrag eines Ausschlossenen Folge geben wolle, sondern dies müsse bestimmt ausgeprochen werden. Zum § 5 wird folgende (durch Festsatz herangezogene) Einsetzung beantragt: „Die Wiederaufnahme eines aus der Partei Ausschlossenen kann, wenn dagegen Protest erhoben wird, nur durch den Parteitag erfolgen“.

Hier war man der Ansicht, daß doch wohl die örtlichen Organisationen zur Vollziehung derartigen Aufnahmen in erster Linie berufen seien, im übrigen der Parteitag unmöglich Zeit haben könne, um die im ganzen Lande zusammenlaufenden Aufnahmeanträge zu prüfen. Nur wenn gegen die Aufnahme von irgend einer Seite ein Protest vorliegt, soll der Parteitag als höchste Instanz entscheiden. Der dritte Antrag verlangt, daß der § 22 dahin abgeändert wird, indem der Parteivorstand nicht aus 8, sondern aus zehn Personen in Zukunft bestehen soll, da man wünscht, daß die Arbeit auf mehr Schultern verteilt wird, so daß die Geschäfte nicht

liegen bleiben, im Falle jemand durch Krankheit, wie dies jetzt mit Genossen Auer gewesen ist, verhindert wird, seine Obliegenheiten zu erfüllen.

Den Kampf für das allgemeine Wahlrecht wollen unsere Parteigenossen in Böhmen aufnehmen. Bei der Regierung besteht die Absicht, das Volk unter dem Namen Wahlreform mit der Einführung einer fünften Klasse zu betrügen, die 18 von den 287 Mandaten des böhmischen Landtages erhalten soll. Diesen Schwindeln wollen die Parteigenossen durch die Organisierung des Kampfes um das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht beantworten. Zur Einleitung dieses Kampfes beruft der tschechische Parteivorstand für Böhmen eine gemeinsame Parteikonferenz ein, die am 22. und 23. Juli in Prag stattfinden wird.

Der Austritt Plechanows aus der Redaktion der „Iskra“ wird in der letzten eingetroffenen Nummer 101 des genannten Blattes mitgeteilt. Und zwar tut dies Plechanow selbst in einem kurzen Schreiben, welches die Redaktion unter Ausdrücken des Bedauerns abdruckt. In einer Nachbemerkung wendet sich Plechanow an die Leninianer mit der Anfrage, ob sie damit einverstanden seien, daß er auch weiterhin die Russische Sozialdemokratische Partei im Internationalen Bureau vertritt, denn er könne dieses Amt nur unter Zustimmung beider Fraktionen weiter ausüben. Die Redaktion ihrerseits teilt anlässlich mit: erwidert, daß ihre Versuche, die durch Plechanows Ausscheiden entstandene Lücke durch Kooperation auszufüllen, an der ablehnenden Haltung der betreffenden Genossen gescheitert seien; zweitens, daß die verbleibenden Redaktionsmitglieder ihre Mandate in die Hände der Gesamtheit der Parteigenossen ihrer Richtung zurücklegen und die Redaktionsgeschäfte nur provisorisch weiterführen. — Die Zeitverhältnisse haben ihre Ursache in den Beschlüssen des dritten Parteitages der russischen Sozialdemokratie.

### Eingegangene Druckchriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 39. Heft des 23. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Imperialismus. — Die internationale Organisation des Kleinbürgertums. Von Georg Stieff. (Hochschule). — Der ostafrikanische Krieg und die Kolonialpolitik. Von Rudolf Krafft. — Die Kolonialpolitik und die Arbeiter. Von Otto Bauer. (Schluß). — Die Reform des deutschen Strafprozesses. Von Dr. Ludwig Franz (Mannheim). — Literarische Rundschau: Dem gehört die Zukunft? Von H. Sch. — Die Deutsche Redue von A. Gadow und L. Wienburg (1835). Von A. G.

Die „Neue Welt“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 2,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung. Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Eintuitig, Verlag von Paul Singer) ist soeben die Nr. 13 des 15. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Die deutschen Arbeiterinnen in den Gewerkschaftsorganisationen. — Eine dringende Forderung. Von Gertrud Jüder. — Die soziale Seite der Totgeburtstfrage. Von ad. Dr. — Die sechste Generalversammlung des Bundes deutscher Frauenvereine. — Ein erstes Wort zu erster Zeit. Von W. Müller. — Was der Bewegung: Von der Agitation. — An die Frauen und Mädchen der arbeitenden Bevölkerung im Kreise Essen. Von Hans Rumm. — Politische Rundschau. Von G. L. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Rotzettel: Gewerkschaftliche Arbeiterinnenorganisation. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Arbeit. — Lausung. — Freileben: Parteilosen. Sprüche von Gottfried Keller. — Das Wunder. Von Lu Witten. — Der Schöngest. Von Gottfried Keller. (Gedicht).

Frauen-Beilage: Gelang der Geister über den Wassern. Von Wolfgang Goethe. (Gedicht). — Unsere Gesundheit: 5. Der Verlust. Von Dr. Adam Schumann. — Etwas von Frauen und Freundschaften. Von W. Z. — Kolonnenmacht. Von Gottfried Keller. (Gedicht). — Ritter Rötter als gute Hausfrau. Von Gertrud Jüder. — Für die Hausfrau. — Mädel. — Hofnung. Von Wolfgang Goethe. (Gedicht).

Die „Sozialistischen Monatshefte“ (Administration: Berlin SW. 19, Beuthstraße 2) haben soeben das Juli-Heft ihres 11. Jahrganges erscheinen lassen. Inhalt: Wobph v. Bin: Rückblick auf den letzten deutschen Gewerkschaftskongress. — Eduard Bernstein: Noch einmal Partei, Gewerkschaften und Arbeiter. — Helma Steinbach: Bemerkungen über die Genossenschaftsdebatte auf dem Kölner Gewerkschaftskongress. — Paul Göhre: Religion — Sozialismus. — Richard Calmer: Die Betriebsmittelformen der deutschen Eisenbahnen. — Dr. Hugo Lindemann: Die Gartenbaubewegung. — Stephan Delle: Vorschläge und Gewerkschaften. — Hermann Wendel: Ein lutherischer Gesellschaftsreformulierung aus der französischen Moderne. — Wirtschaft von Max Schappel. — Soziale Kommunalpolitik von Dr. Hugo Lindemann. — Sozialistische Bewegung von Hugo Göhrig. — Gewerkschaftsbewegung von Ernst Deinhardt. — Genossenschaftsbewegung von Gertrud Jüder. — Philosophie von Prof. Dr. Franz Staudinger. — Sozialwissenschaftler von Paul Schaffner. — Diktatur von Max Höpfer. — Buchbesprechungen von Ida Hans-Luz. — Als literarische Beilage bringt das Heft ein Portrait von Arthur Rimbaud, gezeichnet von Fritz Vallotton. Der Preis des Heftes beträgt 50 Pf.; vierteljährlich 1,50 M.

Der „Wahre Jakob“ hat soeben die 13. Nummer seines 22. Jahrganges erscheinen lassen. Aus dem Inhalt derselben erwähnen wir die farbigen Bilder „Eine grobartige Sozialreform“ und „Neue kanakische Bardenbilder“, sowie die Illustrationen „Die Jehnismenigalage der Eisenbahnen“, „Das Blindenspiel“, „Die Entschlebung nach“, „Der Jäger-Rast-Partei“, „Der Umstellung des Büchsen-Verzuges“, „Der Sündenbühnen“, „Wägen“, „Bilder aus dem Arbeiterleben“, „Die preussischen Herrenhäuser unter sich“, „Der letzte Teil bringt die Gedichte „Es ist erreicht“ von Erich Mühsam, „Die lauten Arbeiter“, „Bremer Tausen“, „Der Hochzeitsstark“, „Romäde“, „Die falsche Adresse“, „Wägen“, und außer zahlreichen kleineren Beiträgen das größere Heftchen „Für neuen lex Heinz“. Der Preis der 12 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

### Briefkasten der Redaktion.

N. G. 19. Uebernahme von Gemeindefiskalern als Kreisfiskalern nach höheren Lehranstalten der Stadt bewilligt durch den Magistrat. Gymnasien, Realschulen, Oberrealschulen übernehmen Kreisfiskalern nach Serza (nach 4 Jahren Gemeindefiskalern), Realschulen übernehmen Kreisfiskalern erst nach 4 Jahren (nach 6 Jahren Gemeindefiskalern). — A. Werber-Magdeburg, 105,9 Kilometer. — C. P. C. Ueber die Arbeitsverhältnisse der im „Wahren Jakob“ inserierenden Firmen können wir keine Auskunft geben.

### Juristischer Teil.

Die juristische Zeitschrift findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Größte: 7 Uhr.

23. 2. 13. Nach allerdings bestimmter Ansicht: nein. — N. 77. Waabit 14. Eine Bädermanufaktur und eine Fabrikvorrichtung ist Handlungsgeschäft. Sie steht mithin mangels anderer Vereinbarung der Handlungsgeschäfte, nur zum Quartalschluß zulässige Kündigung freist zu. Ihre Frau soll dem Bäder mitteilen, daß sie Aufbruch auf Lohn bis zum 1. Oktober erhebt und ihre Dienste bis dahin zur Verfügung stellt. Zulässig für die Klage ist das Kaufmannsgericht. — A. S. 100. N. 7. Venau II. Kein. — A. M. Hagedorferstraße. Haben Sie die Höhe des Allorbs vereinbart, so können Sie nicht nachträglich einseitig von dieser Vereinbarung zurücktreten. Ist nichts vereinbart, so haben Sie die Höhe zu normieren. Hofrichter. Eine Verpflichtung zur Antwort auf ein dem Sowerda eingereichtes Gesuch besteht nicht. — A. G. 76. 1. und 2. Kein. 2. Wenn in der Tat keine Kündigungsfreist, wohl aber eine Mietszeit vereinbart ist, so endigt der Mietvertrag ohne Kündigung mit Ablauf des Mietzeit. — P. M. 23. Einen Anspruch würden Sie im Klagewege kaum durchsetzen, weil die Kündigungsfreist als ausgeschlossen zu erachten ist und anzunehmen wäre, daß Sie mit der Entlassung bereits im Oktober einverstanden waren. Wollen Sie klagen, so reichen Sie die Klage dem Gewerksgericht ein. — C. 7. Sie können ohne Mietsvertrag heiraten. — G. Meier. Wegen solche Art des Rechts ist nichts einzuwenden. Indessen ist das Schwereitsache. — Wehensec 100. Eine Klage hätte keine Aussicht auf Erfolg. — 2. 23. Die Zahl der Kündigungen des Reichstages unterliegt keiner Beschränkung. — Hermann V. Der Inhalt der uns unbekanntem Police und Verschleppungstaten ist entscheidend. — A. 22. Das Gericht würde wohl, wenn aus dem Vertrag nichts anderes erhellt, annehmen, daß Sie an Annahmehaltung des Vertrages festhalten. Indes empfiehlt es sich, den Willen zu veranlassen, die Einwilligung in das Nichtbestehen des Mannes zu erziehen. — A. S. 43. Sie können bei dem Amtsgericht anfragen, ob Sie im Testament bedacht sind. Sind Sie abgesehen, so können Sie dagegen nichts machen, weil Sie entsetzter Verwanter sind. — M. M. Kein, aber wenn Sie im Vertrag etwa besprochen haben, die Möbel seien Ihre Eigentum, so kann Vertrag als vorliegend erachtet werden.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

Dienstag, den 27. Juni.  
Anfang 7 1/2 Uhr:

Neues Operntheater, Jung-Heidel-berg.  
Besieger. III.  
Deutsches. Der Diebgeprüfte.  
Anfang 8 Uhr:

Westen. Die Liebeslust.  
Neues. Der Familientag.  
Schiller O. (Wallner-Theater.)  
Der Barbier von Sevilla.

Schiller N. (Friedrich-Wilhelm-  
Königliches Theater.) Hofgunst.  
Zentral. III-Heidelberg.  
Kleines. Die Neuenmähten. W-  
siedelsouper.

Lustspielhaus. Kyritz-Pyritz.  
Carl Weiß. Wahre Liebe.  
Reichshallen. Madame Tap-Tap.  
Reichshallen. Stettiner Säng-  
er.

Apollo. Ein Abend in einem ameri-  
kanischen Angel-Tempel. — Am  
Hochzeitsabend. — Spezialitäten.  
Metropol. Die Herren von Maxim.  
Passage-Theater. Angelfische Walter.  
Jean Paul. — Spezialitäten. —  
(Anfang 8 Uhr.)

Wintergarten. Spezialitäten.  
Urania. Taubenstraße 48/49.  
Die deutsche Nordseeküste.

Invalidentheater 57/62. Stern-  
warte. Täglich geöffnet von 7  
bis 11 Uhr.

Neues Theater.  
Ensemble-Gesellschaft d. Lustspielhauses.  
Sommerpreise.  
Täglich:

Der Familientag.  
Anfang 8 Uhr:

Kleines Theater  
Anfang 8 Uhr.

Die Neuvermählten.  
Südafrik. Abschiedssouper.  
Mittwoch: Elektra.  
Donnerstag: Des Pastors Rieko.  
Freitag: Die Neuvermählten. Ab-  
schiedssouper.  
Sonnabend: Nachtsyl.  
Sonntag: Angela. Abschied vom  
Regiment.

Neues kgl. Opern-Theater  
(Kroll).  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Heute und folgende Tage:  
Jung-Heidelberg.  
Sonnabend, den 1. Juli er.: Be-  
ginn der Opernsaison.  
Im Garten täglich:  
Großes Militär-Konzert.

Apollo-Theater.  
Das bestventilirteste Theater  
Berlins!  
Täglich 10-10 1/2 Uhr:  
Gr. hübschster, ununterbrochener  
Lusterspiel  
über die amerikanische Barocke  
Ein Abend in einem amerik.  
Eingel-Tempel.

Hochzeitsabend von Paul Linde und  
die grandiosen Juni-Spezialitäten.

Metropol-Theater  
Der größte Erfolg der Saison!  
Zum 233. Male:  
Die Herren von Maxim.

Große Ausstattungssouper mit Ge-  
sang und Ballette in 5 Bildern.  
Anf. 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Carl Weiß-Theater.  
Gr. Frankfurterstr. 132.  
Nur noch 4 Aufführungen.  
Wahre Liebe.  
Anfang 8 Uhr.  
In Vorbereitung: Lehmanns Aben-  
teuer auf dem russisch-japanischen  
Kriegsschauplatz.  
Im Sommergarten: Große  
Spezialitäten, Theater und Konzert.  
Damen-Adrennen, Milardo u. a.  
Anfang 5 Uhr. Entree 25 Pf.

W. Noack's Theater.  
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.  
Auf vielseitigen Wunsch! Nur ein-  
malige Wiederholung!

Fromme Wünsche.  
Schwan! in 3 Akten von J. Rosen.  
Dazu die erstklassigen Spezialitäten.  
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.

Lustspielhaus.  
Abends 8 Uhr:  
Kyritz-Pyritz.  
Sommerpreise.  
Kyritz-Pyritz Abends 8 Uhr.

### Urania, Taubenstr. 48/49.

8 Uhr:  
Die deutsche Nordseeküste.

Sternwarte Invaliden-  
str. 57/62.

P. CASTAN'S  
PANOPTIUM.

Friedrichstr. 165.  
Kronprinz Wilhelm  
Kronprinzessin Cecilie.

Neu! Roschdjestwensky,  
der russische Admiral.  
Mlle. Vallée, d. 16-jährige  
armlose Pantomime.

ZOOLOGISCHER  
ZGARTEN

Täglich nachm. 5 Uhr:  
Militär-  
Doppel-Konzert.

Eintritt 1 M., ab 6 Uhr 50 Pf.  
Kinder unt. 10 Jahren d. Hälfte.

POMPEJI

Kurfürstendamm 153.  
380 Mitwirkende.

Große Ausstattungssouper-Pantomime  
m. Balletts, Chören, olymp.  
Spielen etc. Zum Schluss:  
Ausbruch des Vesuvus und der  
Untergang von Pompeji  
und darauffolgendes  
grandioses Riesen-Kunstfeuerwerk

Beginn: Konzert 7, Vorstell. 8 1/2 Uhr.  
Prose der Plätze: 50 Pf. — 5 M.  
Vorverk. Wertheim, Künstlerdank

Kurfürstendamm  
5 Min. v. Stadtbahn, Charlottenbg.

Fröbels Allerlei-Theater  
(früher Puhmann)  
Zahnauer Allee Nr. 148.  
Letzte Woche  
der phänomenalen Juni-Aufführungen.  
Ashley x Claros x Paoli x c. c.  
Arbeit schändet nicht.  
Vollständ. mit Gesang in drei Akten  
von Heisinger.  
Anf. 4 1/2 Uhr. Entree 30, Sperrh. 50 Pf.

Bernhard Rose-Theater  
Gesundbrunnen, Badstraße 58.  
Täglich:

Die Loreley.  
Romantisches Volksmärchen mit Ges.  
und Tanz in 5 Akten.  
Außerdem d. Sensations-Programm

Paul Coradini  
u. v. a. m.  
Im Saal: Gr. Sommernachtsball.  
Anf. 4 1/2 Uhr. Kassenöffnung 2 Uhr.  
Entree 30 Pf., reservierter Platz 50 Pf.

Diez' Spezialitäten-Theater.  
Landsberger Allee 76/79,  
direkt an der Ringbahnstation, bequeme  
Zugverbindung u. all. Stadtrichtungen.  
Ob Regen! Ob Regen!

Täglich  
Im herrlichen Garten oder Saal:  
Konzert u. Vorstellung.  
Das größte und beste  
Programm Berlins.

40 erstklassige Nummern.  
Dr. Steffi mit seinem konturzeu-  
gen Ueber-Zirkus: Pouny,  
Efel, Schwein und Dogge.  
Atlantische Paul-Trio mit ihren un-  
verwundbaren Original-Tricks.  
Sylv Sylv  
Die Entführung zweier Damen aus  
dem Nichts. Original Molly Verch.  
Original Robert u. Bertram. Original  
Rennert-Stango, Erna Allison und  
viele Kunstkapazitäten.  
Vollbelustigungen aller Art.  
Entree Wochenl. 20 Pf., Sonntags  
30 Pf. Postpartout haben Gültigkeit.  
Jeder Erwachsene hat das Recht, ein  
Kind unter 10 Jahren frei einzuführen.

Diez' Seeterrasse, Lichtenberg,  
Röderstr. 6.  
Jeden Sonntag, Dienstag u. Freitag:  
Großes Militär-Konzert.  
Turmschützen. Land-  
und Wasser-Feuerwerk.  
Größt. Spezialitäten-Vorstellung.  
Wochentags 10 Pf.  
Aegidius Diez.

Schweizer-Garten.  
Am Königstor. Am Friedrichshain.  
Täglich

Theater-Vorstellung  
Neue Spezialitäten.  
Volksbelustigungen.  
Zum Schluss:  
Der Ballett-Duett.  
Große Hofe mit Gesang in 2 Ak-  
ten von D. Busse.

### Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).  
Moritz-Oper.

Dienstag, abends 8 Uhr:  
Der Barbier von Sevilla.  
Komische Oper in 3 Aufzügen von  
Gioachino Antonio Rossini.

Mittwoch, abends 8 Uhr:  
Oberon, König der Elfen.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Der polnische Jude.

Schiller-Theater N. (Friedr. Wilh. Th.).  
Hofgunst.

Dienstag, abends 8 Uhr:  
Aufführung in 4 Aufzügen von Thilo  
v. Trotha.

Mittwoch, abends 8 Uhr:  
Hofgunst.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Hofgunst.  
Im Garten tägl.: Gr. Militär-Konzert.

Passage-Theater.  
Freitag, den 30. Juni:  
Schluß der Saison!  
Jean Paul  
Grottest-Komiker  
und das glänzende Juni-Programm.

Passage-Panopticum.  
Der Mensch mit Vogelkopf.  
Der Muskelmensch.  
Aga  
die schwebende Jungfrau.

Max Kliems Sommer-Theater  
Hasenheide 13-15. Artistische Leitung: Paul Milbitz.  
Täglich: Gr. Konzert, Theater und  
Spezialitäten-Vorstellung.  
Jeden Donnerstag: Elite-Tag.  
Fernsprecher IV. 8891. Max Klem.

Hotel u. Restaurant „Zur Schleuse“  
Neue Mühle bei Königs-Wusterhausen.  
Herrlich an der Dahme gelegen. — Prachtvoller Naturgarten.  
Großer Parksaal (700 Personen fassend).  
Kleinerer Saal, Kegelbahnen, Dampfanlage, Bootshafen.  
Fischfang. 35982

Möblierte Zimmer mit und ohne Pension.  
Den besten Vereinen und Gesellschaften bei Ausflügen bestens empfohlen.  
Tel. Amt  
Königs-Wusterhausen 52. Otto Ballmüller.

Schwarzer  
Friedrichsberg  
Stadtbahnstation:  
Frankfurter Allee.  
Inhaber: Gebr. Arnhold.  
Heute: Humor. Soiree  
Dienstag: Adler  
Frankfurter  
Chaussee 5  
(früh 120). Fernsp.:  
Friedrichsberg Nr. 8  
30015  
Gebr. Arnhold.

Prater-Theater  
Kastanien-Allee 7-9.  
Täglich:  
Zwischen Himmel und Erde.  
Gr. romantisch. Ausstattungsspektak.  
Neue Dekorationen und Kostüme.  
Eine schreckliche Nacht.  
Große Pantomime der Gullans  
Phoiteses Troupe.  
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.  
Numerierter Platz 50 Pf.

Harry Allister, Mimiker.  
Damm Bros., komische Akrobaten.  
Lucy Hanson, französische Sängerin.  
Alexandrov, russische Tanz- und  
Gesangsgruppe.  
Mason u. Forbes, kom. Excentrics.  
La belle Oterita, spanische Tänzerin.  
A. W. Asra, Billard-Jongleur.  
Philadelphia, Elefant und Affen.  
Keno Welch, Montrose, Akrobaten.  
Mlle. La, lebende Bilder.  
Die 4 Wilsons, Turner.  
Bogdan-Truppe, militärische Exer-  
zitionen mit Gesang.  
Biograph.

WINTERGARTEN  
Harry Allister, Mimiker.  
Damm Bros., komische Akrobaten.  
Lucy Hanson, französische Sängerin.  
Alexandrov, russische Tanz- und  
Gesangsgruppe.  
Mason u. Forbes, kom. Excentrics.  
La belle Oterita, spanische Tänzerin.  
A. W. Asra, Billard-Jongleur.  
Philadelphia, Elefant und Affen.  
Keno Welch, Montrose, Akrobaten.  
Mlle. La, lebende Bilder.  
Die 4 Wilsons, Turner.  
Bogdan-Truppe, militärische Exer-  
zitionen mit Gesang.  
Biograph.

Haben Sie Durst?  
Dann trinken Sie Limonaden aus  
Reichel's Frucht-Syrup-Extrakten, das Aroma frischer  
Früchte enthaltend.  
1 Originalfl. zu 75 Pf. gibt 5 Pfd. feinsten Limonadensyrup von  
wahrhaft natürlichem Fruchtgeschmack in  
Himbeer, Kirsch, Erdbeer, Zitronen, Johannisbeer, Ananas,  
Waldmeister (Mai-Weiße), Limetta etc.  
Zum Versuch 1/2 Fl. 40 Pf. Die Ersparnis ist enorm!  
Ein Pfund stellt sich fix und fertig auf noch nicht 30 Pf.  
Wertvolle illustrierte Broschüre gratis!  
„Die Destillierung im Haushalt“  
Otto Reichel, Berlin SO. 70, Eisenbahnstr. 4.  
Größte Spezialfabrik Deutschlands.  
T.-A. IV 646, 3190, 4562.  
Niederlagen in den durch Schilder kenntlichen Geschäften,  
wo nicht erhältlich, Versand ab Fabrik.  
Man verlange ausdrücklich „Lichterz“ und weise Nachahmungen  
Reichel-Essenzen mit dem „Lichterz“ ohne weiteres von sich.

„Dänischer Kapitän-Kautabak“  
— — gefächelt gefächelt 75 658 — —  
Alleinverkauf: C. Röcker, Berlin, Gröner Weg, 112.  
Wer mit seinem dicken Kautabak nicht zufrieden ist,  
versuche „Kapitän Mellem's“ in Stangen.

„Kapitän-Kautabak“  
früher Anker-Kautabak  
und Sie werden überzeugt sein, daß derselbe entschieden  
am besten schmeckt. 33291  
Nur echt, wenn jedes Stück den Zettel enthält mit Aufschrift:

„Dänischer Kapitän-Kautabak“  
— — gefächelt gefächelt 75 658 — —  
Alleinverkauf: C. Röcker, Berlin, Gröner Weg, 112.  
Wer mit seinem dicken Kautabak nicht zufrieden ist,  
versuche „Kapitän Mellem's“ in Stangen.

„Kapitän-Kautabak“  
früher Anker-Kautabak  
und Sie werden überzeugt sein, daß derselbe entschieden  
am besten schmeckt. 33291  
Nur echt, wenn jedes Stück den Zettel enthält mit Aufschrift:

„Kapitän-Kautabak“  
früher Anker-Kautabak  
und Sie werden überzeugt sein, daß derselbe entschieden  
am besten schmeckt. 33291  
Nur echt, wenn jedes Stück den Zettel enthält mit Aufschrift:

„Kapitän-Kautabak“  
früher Anker-Kautabak  
und Sie werden überzeugt sein, daß derselbe entschieden  
am besten schmeckt. 33291  
Nur echt, wenn jedes Stück den Zettel enthält mit Aufschrift:

„Kapitän-Kautabak“  
früher Anker-Kautabak  
und Sie werden überzeugt sein, daß derselbe entschieden  
am besten schmeckt. 33291  
Nur echt, wenn jedes Stück den Zettel enthält mit Aufschrift:

„Kapitän-Kautabak“  
früher Anker-Kautabak  
und Sie werden überzeugt sein, daß derselbe entschieden  
am besten schmeckt. 33291  
Nur echt, wenn jedes Stück den Zettel enthält mit Aufschrift:

„Kapitän-Kautabak“  
früher Anker-Kautabak  
und Sie werden überzeugt sein, daß derselbe entschieden  
am besten schmeckt. 33291  
Nur echt, wenn jedes Stück den Zettel enthält mit Aufschrift:

„Kapitän-Kautabak“  
früher Anker-Kautabak  
und Sie werden überzeugt sein, daß derselbe entschieden  
am besten schmeckt. 33291  
Nur echt, wenn jedes Stück den Zettel enthält mit Aufschrift:

„Kapitän-Kautabak“  
früher Anker-Kautabak  
und Sie werden überzeugt sein, daß derselbe entschieden  
am besten schmeckt. 33291  
Nur echt, wenn jedes Stück den Zettel enthält mit Aufschrift:

„Kapitän-Kautabak“  
früher Anker-Kautabak  
und Sie werden überzeugt sein, daß derselbe entschieden  
am besten schmeckt. 33291  
Nur echt, wenn jedes Stück den Zettel enthält mit Aufschrift:

„Kapitän-Kautabak“  
früher Anker-Kautabak  
und Sie werden überzeugt sein, daß derselbe entschieden  
am besten schmeckt. 33291  
Nur echt, wenn jedes Stück den Zettel enthält mit Aufschrift:

„Kapitän-Kautabak“  
früher Anker-Kautabak  
und Sie werden überzeugt sein, daß derselbe entschieden  
am besten schmeckt. 33291  
Nur echt, wenn jedes Stück den Zettel enthält mit Aufschrift:

„Kapitän-Kautabak“  
früher Anker-Kautabak  
und Sie werden überzeugt sein, daß derselbe entschieden  
am besten schmeckt. 33291  
Nur echt, wenn jedes Stück den Zettel enthält mit Aufschrift:

„Kapitän-Kautabak“  
früher Anker-Kautabak  
und Sie werden überzeugt sein, daß derselbe entschieden  
am besten schmeckt. 33291  
Nur echt, wenn jedes Stück den Zettel enthält mit Aufschrift:

„Kapitän-Kautabak“  
früher Anker-Kautabak  
und Sie werden überzeugt sein, daß derselbe entschieden  
am besten schmeckt. 33291  
Nur echt, wenn jedes Stück den Zettel enthält mit Aufschrift:

„Kapitän-Kautabak“  
früher Anker-Kautabak  
und Sie werden überzeugt sein, daß derselbe entschieden  
am besten schmeckt. 33291  
Nur echt, wenn jedes Stück den Zettel enthält mit Aufschrift:

„Kapitän-Kautabak“  
früher Anker-Kautabak  
und Sie werden überzeugt sein, daß derselbe entschieden  
am besten schmeckt. 33291  
Nur echt, wenn jedes Stück den Zettel enthält mit Aufschrift:

„Kapitän-Kautabak“  
früher Anker-Kautabak  
und Sie werden überzeugt sein, daß derselbe entschieden  
am besten schmeckt. 33291  
Nur echt, wenn jedes Stück den Zettel enthält mit Aufschrift:

„Kapitän-Kautabak“  
früher Anker-Kautabak  
und Sie werden überzeugt sein, daß derselbe entschieden  
am besten schmeckt. 33291  
Nur echt, wenn jedes Stück den Zettel enthält mit Aufschrift:

„Kapitän-Kautabak“  
früher Anker-Kautabak  
und Sie werden überzeugt sein, daß derselbe entschieden  
am besten schmeckt. 33291  
Nur echt, wenn jedes Stück den Zettel enthält mit Aufschrift:

„Kapitän-Kautabak“  
früher Anker-Kautabak  
und Sie werden überzeugt sein, daß derselbe entschieden  
am besten schmeckt. 33291  
Nur echt, wenn jedes Stück den Zettel enthält mit Aufschrift:

„Kapitän-Kautabak“  
früher Anker-Kautabak  
und Sie werden überzeugt sein, daß derselbe entschieden  
am besten schmeckt. 33291  
Nur echt, wenn jedes Stück den Zettel enthält mit Aufschrift:

„Kapitän-Kautabak“  
früher Anker-Kautabak  
und Sie werden überzeugt sein, daß derselbe entschieden  
am besten schmeckt. 33291  
Nur echt, wenn jedes Stück den Zettel enthält mit Aufschrift:

„Kapitän-Kautabak“  
früher Anker-Kautabak  
und Sie werden überzeugt sein, daß derselbe entschieden  
am besten schmeckt. 33291  
Nur echt, wenn jedes Stück den Zettel enthält mit Aufschrift:

### Reichshallen.

Stettiner Säng-  
er. Zum Schluß, neu:  
Soldatenherzen  
Militär. Entsende von  
Reichel.

Anf. 8 Uhr.  
Sonntags  
7 Uhr.

Paul Schwarz'  
Sommer-Theater,  
Lichtenberg, Dorfstr. 25/26.  
Täglich: Konzert.  
Gr. Spezialitäten-Vorstellung.  
Das großartige Juni-Programm.  
Anfang 5 Uhr.  
Jeden Mittwoch: Elite-Tag.

Etablissement Buggenhagen  
Moritzplatz.  
Täglich  
Im großen schattigen Garten:  
Streich-Konzert.  
Ricardo Munez.  
Bei ungünstigem Wetter im Saal.

Ostbahn-Park.  
Am Küstrinorplatz, Rüdersdorferstr. 71.  
Hermann Imbs.  
Täglich:  
Gr. Konzert, Theater  
und Spezialitäten-  
Vorstellung.  
Entree 15 Pf., wofür ein Glas Bier  
verabreicht wird, also kein Entree.

Otto Pritzkows  
Abnormitäten-Ausstellung  
Münzstr. 16.  
Neu ! ! ! ! ! Neu  
? Mne-Mno-Mni ! ?  
frei in der Luft liegende  
Türkin  
Anatom. Rätsel. Med. Wunder.  
Neu renoviert! Neu renoviert!

Victoria-Brauerei  
Lützowstr. 111/112.  
Täglich:  
Horst's  
Sänger.  
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

Athriwi  
„Stella“  
Zigaretten  
garantierte Handarbeit.

Noch niemals hat  
ein  
Gefäß  
in so kurzer  
Zeit, trotz  
äußerlich befeh-  
denem Anstrich, in-  
nerlich einen so hohen  
Wert und ein solches  
Vertrauen bei seinen An-  
wendern als Herrmann  
„Edelinger“, Turmstraße 85.  
In dieser Saison sind es beson-  
ders Herren- u. Anabenanzüge,  
welche alles bisher dagewesene  
übertreffen.

Das beste Mittel  
gegen die Wotten ist unbedingt  
Reichel's Aromat. Spezial-  
Wottenpulver, es reicht jede Wotte  
aus, löst die Wotten und ist von  
dauernder Wirksamkeit. Einfachste An-  
wendung. Nur echt in Kartons  
0,50, 1,00, 2,00, Wand 3,00.  
Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.  
Lieferant für Armeo und Marine.  
Nur frei Haus, Versand nach auswärts.  
Teleph.-N. IV. 646, 3190, 4562.

Bruch-Pollmann  
enthüllt sein Lager in Bruchbandagen,  
Leibbinden, Gerüsthalter, Spritzen,  
Suspensoren, sowie sämtliche Artikel  
zur Krankenkasse.  
Eigene Werkstatt.  
Liefer. f. Orts- u. Hilfs-Krankenkassen  
Berlin C.,  
30. Linien-Straße 30.  
NB. Alle Bruchbänder mit elastischen  
Belotten, angenehm und weich  
im Körper. 26724

Köpenick.  
Echten alten Kottbusser  
Korn zu haben bei Aug.  
Tauscher, Ostplatz, Müggel-  
heimerstr. 4. 26817

Berliner Ulk-Trio.  
Felix Schauer  
Strandstr. 1.

### Orts-Krankenkasse zu Friedenau.

Bekanntmachung.  
II. Nachtrag  
zum Statut der Orts-Krankenkasse  
für Friedenau  
vom 17. Juni 1902.

Das Statut wird, wie folgt, ab-  
geändert:  
§ 30.  
Die wöchentlichen Beiträge sollen  
betragen anstatt 2/10 Proz. 3/10 Proz.  
und zwar für Kaffeemitglieder:  
der I. Lohnklasse 75 Pf. statt 63 Pf.  
" II. " 65 " 54 "  
" III. " 57 " 48 "  
" IV. " 48 " 39 "  
" V. " 39 " 30 "  
" VI. " 30 " 24 "

§ 50. Absatz I.  
Die Wahl erfolgt für die Verteilung  
der Kaffeemitglieder und für die  
Arbeitgeber in einem besonderen  
Wahltermin, zu welchem die Wahl-  
berechtigten mindestens eine Woche  
vorher durch die im § 66 bezeichneten  
Blätter einzuladen sind.

§ 52. Absatz I.  
Die Generalversammlung wird vom  
Vorstande unter Angabe der Gegen-  
stände der Verhandlungen durch  
eine wenigstens eine Woche vorher  
durch die im § 66 bezeichneten Blätter  
zu erlassende Einladung berufen.

§ 66.  
Alle die Kasse betreffenden Be-  
kannmachungen, insbesondere die  
Einladungen zu Aufsicht- und General-  
versammlungen, die Bekannt-  
machungen über genehmigte Statuten-  
änderungen, über Änderungen in der  
Höhe der Beiträge und Leistungen, in  
der Zusammenfassung des Vor-  
standes, sowie über die Wahl- und  
Jahresarbeiten werden bis zu ander-  
weiliger Beschlußnahme der General-  
versammlung im „Friedenauer Lokal-  
Anzeiger“, sowie im Berliner „Vor-  
wärts“ erfolgen.

V. Die vorstehenden Änderungen  
treten alsbald nach der Genehmigung  
in Kraft.  
Vollzogen auf Grund des Be-  
schlusses der Generalversammlung  
vom heutigen Tage.  
Friedenau, den 12. April 1905.  
Der Vorstand  
der  
Orts-Krankenkasse für Friedenau.  
Herm. Schölzel, Vorsitzender.  
Wilh. Stolle, Schriftführer.  
Genehmigt  
Goldham, den 6. Juni 1905.  
Namens des Bezirksausschusses:  
Der Vorsitzende.  
In Vertretung: gez. Reich.  
B. 5222 (L. 8.)

Veröffentlichung  
mit dem Hinzufügen, daß die er-  
höhten Beiträge erstmalig vom 1. Juli  
dieses Jahres ab zur Erhebung ge-  
langen werden.  
Friedenau, den 23. Juni 1905.  
Der Vorstand d. Orts-Krankenkasse.  
Herm. Schölzel, Vorsitzender.

Kranz- und Blumenbinderei  
von Robert Meyer,  
nur Mariannen-Straße 2.  
Bereits-Stränge, Palmen- u. Blumen-  
Arrangements, Bouquets, Guirlandes  
etc. werden fein u. preiswert geliefert

5 3/4 Pfund Brot 50 Pf.  
(Badware 6 Stk. 10 Pf.)  
Albrechts Bäckereien:  
Wrangelestr. 135, Kraussstraße 19,  
Faldenstraße 28, Quinstraße 2,  
Karlshalle Bäckerei, Stand 222/23,  
Karlshalle Bäckerei, Stand 16/18,  
Centrale: Vordagenerstr. 13.

„Athriwi“  
Zigaretten  
beste 2 und 3 Pfennig-Marken.

Während der Monate Juni-  
Juli bin ich nur Dienstags,  
Donnerstags und Sonntags,  
nachm. von 3 1/2 - 7 1/2 zu sprechen.  
Georg Hellmuth, Ver-  
treter der Naturheil-, Veteri-  
när- u. Massage- u. Massage-  
berufes, Berlin, Kottbusserstr. 84, Post. I. Institut  
f. electr. Lichttherapie. 35232

J. Baer  
Ecke  
Badstr. 26, Prinz-Allee  
Herren- und Knaben-  
Moden, Berufskleidung  
Elegante Einsegnungs-  
Anzüge.  
Großes Lager in- und  
ausländischer Stoffe.  
zur Anfertigung nach Maß.  
Allerbilligste, streng feste Preise.  
Elektromotoren-Anlagen, Ingenieur  
J. Freund jr., Gitschinerstr. 106a.

Hygienische  
Bedarfsartikel. Beste Katalog  
m. Gmpf, viel Vergleiche u. Prof. grat. u. fr.  
H. Unger, Gummiwarenfabrik,  
Berlin NW., Friedrichstr. 91/92.

# V. Wahlkreis!

Dienstag, den 27. Juni, abends 8 Uhr:

## Volksversammlung

in den Musik-Eisen, Kaiser Wilhelmstraße 18 m.

Tages-Ordnung:

1. Die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstage Bericht  
erstattung des Abgeordneten Genossen Robert Schmidt. 2. Diskussion.  
3. Parteiangelegenheiten. 4. Verschiedenes.  
5. Begehrtes Erscheinen der Parteigenossen und Genossinnen erwarten  
245/12\*

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 9079.  
Arbeitsnachweis: Zimmer 34. Amt IV, 3053.

Mittwoch, den 28. Juni 1905, abends 8 1/2 Uhr:

## Versammlung

sämtlicher Werkzeugmacher Berlins  
im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 4.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Kollegen Schulz über den Verbandstag in Leipzig.  
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
4. Kollegen! Der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen ist das  
Erscheinen aller notwendig.

Mittwoch, den 28. Juni 1905, abends 8 1/2 Uhr:

## Versammlung

der chirurgischen Branche  
im „Rosenthaler Hof“, Rosenthalerstraße Nr. 11/12.

Tages-Ordnung:

1. Aus der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung. Referent: Kollege  
Wissenschaftl. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.  
4. In dieser Versammlung darf kein Kollege fehlen!

Mittwoch, den 28. Juni 1905, abends 8 1/2 Uhr:

## Versammlung

der Gold- und Silberarbeiter und verw. Berufsgenossen  
im „Dresdener Garten“, Dresdenerstraße 45.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Gb. Bernheim über: „Die  
Dynamik der Gewerkschaftsbewegung“. 2. Diskussion. 3. Verbands-  
angelegenheiten.  
Die Kollegen und Kolleginnen werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.

Mittwoch, den 28. Juni 1905, abends 8 1/2 Uhr:

## Bezirksversammlung für Steglitz und Umgegend

im Lokale von Reizen, Groß-Lichterfeld, Chausseest. 104.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Kollegen Handke über den Verbandstag in  
Leipzig. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.  
Die Kollegen werden ersucht, in dieser Versammlung zahlreich zu erscheinen.

Mittwoch, den 28. Juni 1905, abends 8 Uhr:

## Bezirksversammlung für Moabit

im Saale der „Kronen-Bräuer“, Alt-Moabit 47/49.

Tages-Ordnung:

1. Bericht vom Verbandstag. 2. Diskussion. 3. Erstwahler der  
Bezirksleitung. 4. Verschiedenes.

## Zur besonderen Beachtung!

Alle unsere Mitglieder, Vertrauensleute und Zahlstelleninhaber machen  
wir darauf aufmerksam, daß durch die Beschlüsse des Verbandstages vom  
1. Juli dieses Jahres ab (27. Woche des Mitgliedsbuches) der  
wöchentliche Beitrag für männliche Mitglieder um 10 Pfennig  
und für weibliche um 5 Pfennig pro Woche erhöht wurde. Alle  
anr Verwaltungsstelle Berlin gehörigen Mitglieder haben (somit) inf. des  
Votumschlages 60 resp. 25 Pfennig wöchentlichen Beitrag zu leisten.  
Deswegen müßte Material gelangt jedenfalls vom 1. Juli ab zur Aus-  
gabe, und ersuchen wir, die bisherigen Karten nicht über die 26. Woche  
hinaus zu benutzen.  
Gleichzeitig machen wir auf nachstehende neuerlichste Zahlstellen auf-  
merksam: Restaurant Paprow, Radenstraße 6; Restaurant Gulon,  
Schönebergstraße 2, und in Waidmannslust, Restaurant Hoffmann,  
Dinnstraße.  
Die Ortsverwaltung.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Mittwoch, den 28. Juni, abends 8 Uhr:

## Branchen-Versammlung Telephon-Branche

aller in der

photographische und chirurgische Apparate  
beschäftigten Tischler  
im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 8.

Tages-Ordnung:

1. Branchenangelegenheiten. 2. Verschiedenes.  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht Die Ortsverwaltung.

Mittwoch, den 28. Juni, abends 8 1/2 Uhr,

im Königsstadt-Kasino, Holzmarktstr. 72:

## Versammlung aller in

## Treppengeländer-Fabriken

beschäftigten Arbeiter, als: Tischler, Stellmacher, Drechsler,  
Bildhauer, Maschinenarbeiter usw.

Tages-Ordnung:

1. Bericht über die Verhandlungen vor dem Einigungsamt und  
unsere Stellungnahme in der Zukunft. 2. Diskussion.  
Kollegen! Da die Versammlung von sehr großer Wichtigkeit für uns  
ist, so müssen alle Kollegen, besonders alle auf Bauten beschäftigten  
Kollegen, amwesend sein.  
Die Kommission.

Verantw. Redakteur: Brava Hebborn, Berlin. Für den

## Sozialdemokratischer Wahlverein f. d. 4. Berliner Reichstagswahlkreis (6st).

Dienstag, den 27. Juni, abends 8 Uhr, in der „Königsbank“,  
Große Frankfurterstr. 117:

## Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Stadtverordneten Genossen Schubert über: „Die preussische Volksschule“. 2. Dis-  
kussion. 3. Verschiedenes.

Gäste haben Zutritt. — Aufnahme neuer Mitglieder.

244/3\*

Der Vorstand.

## Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis (Süd-Ost).

Dienstag, den 27. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Hrn. Graumann,  
Raunynstraße 27:

## Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Adolf Hoffmann über:  
„Glaube und Vernunft“. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

[244/4\*]

Der Vorstand.

## Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend.

Bureau: Hirtensstraße 20. — Telefon: Amt VII, Nr. 4999.

Mittwoch, den 28. Juni 1905, abends 8 1/2 Uhr:

## Mitglieder-Versammlung

bei Dräsel, Neue Friedrichstraße 35.

Tages-Ordnung: 1. Das Resultat der Baukontrolle vom 21. Juni und unsere Aufgaben  
für die Zukunft. 2. Vereinsangelegenheiten.

NB. Wir fordern hiermit sämtliche Kollegen auf, in dieser hochwichtigen Versammlung zu erscheinen.

190/1

Der Vorstand.

## Achtung! Zimmerer! Achtung!

Donnerstag, den 29. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Schulz, Kaiser Friedrichstr. 24 (unterer Saal):

## Oeffentliche Versammlung der Zimmerer Charlottenburgs.

Tages-Ordnung:

1. Die Gegensätze in den beiden Zentralisationen der Zimmerer Deutschlands und unsere  
Stellung zur Arbeitlosen-Unterstützung. Referent: Kamerad Th. Fischer. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
Im Auftrage des Vereines der Zimmerer (Zahlstelle Charlottenburg):  
G. Webers.

Von der Reise zurück

Dr. H. Cohn.

26305  
W., Luthersstraße 7/8.

Gänsefedern 60 Pf.

1/2 Pfund (grobere zum Schreiben),  
Schlachtenfedern, wie sie in d. Gans  
fallen, mit allen Dämmen M. 1.50,  
älterer Gänsefedern M. 2.00,  
bessere Gänsefedern M. 2.50,  
3.00, beste schwarze M. 3.50,  
ruffische Dämmen M. 3.50, weiße  
höher. Dämmen M. 5.00, 2.00,  
2.50. Prima gereinigte M. 3.00,  
3.50. Versand gegen Nachnahme.

Gustav Lustig, Berlin S.,  
Prinzessinnenstraße 46a.  
Erste Bettfedernfabrik m. elektr.  
Betriebe. Viele Anerkennungsbriefe.

Würzburger Hühneraugenmittel

von Dr. H. Unger-Würzburg. — 20 Pf.

In Berlin:  
Salomon-Apothek, Charlottenstraße,  
Grell-Apothek, Barnimstr. 33.

In Breslau: 2571 L.  
Victoria-Apothek, Friedr. Wilhelmstr. 34

moht jetzt:  
Rosenthaler-  
strasse 26 H.  
Homöopath und Spezial-Arzt  
für Haut-, Darm- und Geschl.-Leiden.  
11-2 u. 5-8. Sonnt. 11-3.

Dr. Leil

## Tanzlehrer-Verein „Solidarität“

gegründet 1892

empfiehlt sich hierdurch den werten

Bereinen und Gewerkschaften bei vorkommenden  
Festlichkeiten.

Bestellungen werden jederzeit im Gewerkschaftshaus, Engel-  
Ufer 15 (Briefkasten am Büfett), sowie im Restaurant  
Kollwig, Gr. Frankfurterstr. 99, entgegengenommen.

Anis: Die diesjährige Dampfer-Partie findet am Dienstag,  
den 11. Juli, nach Hessewinkel statt. Abfahrt 7 1/2 Uhr  
Stralauer Brücke. — Giletts a 1.00 R., Kinder über 10 Jahr  
50 Pf., sind bei allen Mitgliedern zu haben.

200/6\*

Der Vorstand. J. U.: Richard Heinerich.

## Lese- und Diskutierklub „Süd-Ost“.

Mittwoch, den 28. Juni, abends 8 1/2 Uhr,

bei Tolksdorf, Götterstr. 58:

Vortrag des Herrn Dr. Magnus Hirschfeld über:

## „Die homosexuelle Frage“.

Gäste sind willkommen. Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet

201/13

Der Vorstand.

## Brauerei Ernst Engelhardt Nachfl.

jetzt

Kaiser Friedrichstr. 21/29. PANKOW Kaiser Friedrichstr. 21/29.

Telephon: Amt Pankow No. 324 und 311.

Spezialbräu:  
**Caramel-Malz-Bier.**

Leistungsfähigkeit: 200 000 Hektoliter.

3569L\*

## Sozialdemokratischer Wahlverein Rummelsburg-Boxhagen.

**Todes-Anzeige.**  
Den Genossen zur Nachricht, daß  
unser Genosse  
**Hermann Schulz**  
im Alter von 24 Jahren an der  
Proletarierkrankheit gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Dienstag, den 27. d. Mts., nach-  
mittags 5 1/2 Uhr, vom Friedhof  
Ries-Nummelsburg aus statt.  
8/6 Der Vorstand.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß  
unser Mitglied, der Arbeiter  
**Hermann Schulz**  
am 24. d. M. gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
27. Juni, nachmittags 5 Uhr,  
vom Trauerhause, Rummelsburg,  
Türschmidtstr. 24 aus statt.  
Bege Beteiligung erwartet  
119/3 Die Ortsverwaltung.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Mitglied, der Tischler  
**Valentin Mularski**  
am 25. Juni verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, den 28. Juni, nach-  
mittags um 4 Uhr, von der  
Leichenhalle des katholischen Kirch-  
hofes in Wilhelmshagen aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
87/16 Die Ortsverwaltung.

Für die vielen Beweise herzlicher  
Teilnahme bei der Beerdigung unseres  
lieben Vaters, Schwiegervaters und  
Großvaters  
**Wilhelm Kieseling**  
sagen wir allen Freunden und Be-  
kannten unseren verbindlichen Dank.  
Familie Kieseling, Bock, Schüler,  
Tomic.

Dankagung.  
Für die vielen Beweise herzlicher  
Teilnahme und großartige Beteiligung  
bei der Beerdigung meines lieben  
Vaters

**Martin Baumberg**  
sage ich allen Beteiligten hiermit  
meinen tiefgefühlten Dank.  
Die trauernde Witwe Anna Baumberg.

Allen Teilnehmern an der Beer-  
digung unseres lieben Sohnes und  
Bruders **Paul Fuchs** sagen wir  
hiermit unseren herzlichsten Dank.

Familie Fuchs, Sorau R.R.

Für die beim Begräbnis meines  
lieben Vaters, des  
26885  
Restaurateurs **Richard Hutter**  
bewiesene Teilnahme, für die zahl-  
reichen Blumenspenden der Freunde  
und Bekannten, des Gelangereins  
„Obelwey-Hord“, der Reformmänner  
und der Gastwirtekollegen sage ich  
meinen besten Dank.  
Esm. Magdal. Hutter geb. Granz.

**Dr. Simmel**, Prinzen-  
Str. 41,  
Spezialarzt für 9/12\*  
Haut- und Halsleiden.  
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.

## Kinderwagen - Kuhlecke

Berlins größtes  
Spezial-Geschäft  
Hauptlager:  
Neue Königstr. 43  
2. Lager:  
Königsgräberstr. 84

Kinderwagen,  
Kinder-  
Sportwagen,  
Kinder-Bettstellen.  
Riesen-Auswahl. Spottbillige Preise.

## Steppdecken

**Gelegenheitskauf!**

Bunt Kattun Ersatz f. 205  
Deckbett

Similiseide in den 405 675  
Farben

Wollatlas rot, 1525 750  
blau, oliv

Bunte Normal- 150 250 350  
Schlafdecken

Wolldecken ganz dick 300 400  
feinherft

Spezial- Haus **Emil Lefèvre**,  
Oranienstraße 150. Berlin S.



Haus Industrie und Handel.

Marokko und die Börse.

Die Berliner Börse, die sich über alle politischen Versämnungen schon erhoben dänkte, hat nun doch in den letzten Tagen unter dem Marokko-Konflikt zu leiden gehabt.

Einige bürgerliche Blätter wissen aus Vörsenpatriotismus gar nicht genug die „immerhin noch besonnene“ Haltung Berlins im Vergleich zu Paris zu loben.

Dass die Rückgänge an der Börse größtenteils auch auf die Ueberspekulation zurückzuführen sind, die sich in einer großen Anzahl von Papieren in den letzten Monaten etabliert hat, zeigt der verhältnismäßig nicht allzu erhebliche Rückgang der deutschen Anleihen.

Am Montag war die Börse etwas ruhiger als an den Vortagen gestimmt. Es erweckt den Anschein, als ob die Großfinanz ebenfalls unsicher umhertappt.

Zu einer neuen inneren Anleihe abkommandiert werden die Petersburger Banker. Nach der Vernichtung der russischen Flotte in der Koreastraße ist die Aufnahme einer weiteren russischen Anleihe im Ausland beinahe gescheitert.

Der „Sulkan“ in Tätigkeit.

Einen Streit zwischen der Verwaltung der bekannten Schiffshandelsfirma „Sulkan“ und ihrer Aktionärmeiherheit haben wir jüngst eingehend behandelt, weil diese Vorgänge weit über das Interesse der Aktionäre hinausgehen und politische Beachtung verdienen.

Wir gaben der Anschauung Raum, daß dieser Werftbau an der Nordsee als Anzeichen der Flottenvermehrung zu betrachten sei. Die weiteren Ereignisse haben diese Vermutungen außerordentlich erhöht.

Die Flottenvorlage wirft ihren Schatten voraus. Russen. Die Rheinische Schudert-Gesellschaft und die Süddeutsche Elektrizitäts-Gesellschaft in Ludwigshafen vereinbarten einen Fusionsvertrag.

Sehr große japanische Aufträge sind nach Meldungen der „Neuerporter Handelszeitung“ nach Amerika vergeben worden. Tausende von Frachtwagen und Hunderte von Lokomotiven sollen sobald als möglich nach dem fernen Osten geliefert werden.

Haus der Frauenbewegung.

Steglich. Der Bildungsverein für Frauen und Mädchen von Steglitz und Umgegend hielt am 22. Juni seine Mitgliederversammlung bei Wahrensdorf, Schloßstraße 117, ab.

Treptow-Baumschulweg. Mittwoch, den 21. d. Mts., hielt im hiesigen Frauenbildungsverein Herr Dr. Sommerfeld einen Vortrag über „Erklärung und Abhärtingung“.

Versammlungen.

Ueber die neuesten technischen Erfindungen sprach Genosse Dr. Luz am Dienstag im Wahlverein des dritten Kreises. Zunächst gab Redner einen historischen Rückblick auf das achtzehnte Jahrhundert vor James Watts Erfindung der Dampfmaschine.

Eine Versammlung der Wärtler und der in Wärtlerien tätigen Arbeiter und Arbeiterinnen fand am Donnerstag im großen Saal des Gewerkschaftshauses statt und bildete durch ihren zahlreichen Besuch einen Beweis dafür, daß auch der letzte mißlungene Streik und alle darauffolgenden Gewaltmaßnahmen der Unternehmer nicht geeignet waren, die Organisation in der Branche zu zertrümmern.

Die Versammlung nimmt Kenntnis von der gegenwärtigen Situation in der Geldmetall-Industrie und spricht ihr Bedauern darüber aus, daß sich eine Anzahl Kollegen gefunden haben, die den bekannten Revers der Metallindustriellen unterschrieben.

Zentralverband der Maurer. Am Mittwoch beschäftigte sich eine Mitgliederversammlung des Zweigvereins Berlin mit der Beratung des neuen Ortsstatuts.

Die an Fahrstühlen und Hebevorrichtungen tätigen Bauarbeiter hatten sich am Sonntagvormittag ziemlich zahlreich bei Jannasch in der Inselstraße versammelt, um gewisse Vorkommnisse bei der Firma Rietsch u. Co. zu besprechen.

Ueber einen Eisenbahnunfall wird aus Bingen amtl. gemeldet: Am 25. Juni, abends 10 Uhr, fand zwischen den Stationen Abens und Capellen eine Entgleisung von acht Güterwagen des Güterzuges 7509 statt.

Vermischtes.

Die dänische Marine ist von einem furchtbaren Unglück heimgeführt worden. Das dänische Privat-Schulschiff „Georg Stage“ wurde in der Nacht zum Montag in der Holländer Tiefsee bei Kopenhagen von dem englischen Dampfer „Ancona“ aus Leith angerannt und sank nach 1 1/2 Minuten.

Der erste Steuermann vom Schulschiff „Georg Stage“, Nyhre, erzählt folgendes über das Unglück: Das Schulschiff kam von der Kräger und fuhr nordwärts. Es segelte bei dem Winde und fuhr mit vollen Segeln.

Der erste Steuermann vom Schulschiff „Georg Stage“, Nyhre, erzählt folgendes über das Unglück: Das Schulschiff kam von der Kräger und fuhr nordwärts. Es segelte bei dem Winde und fuhr mit vollen Segeln.

Advertisement for Sunlight Soap. Includes images of soap boxes and text: 'Sunlight Seife', 'Mit geringem Aufwand an Körperkraft und mit wenig Seife erzielt man dennoch blendend weiße Wäsche, wenn man Sunlight Seife ausschließlich verwendet, weil diese den denkbar höchsten Grad der Reinigungskraft besitzt.'



Wardprozess Basse.

Die Verhandlung gegen den Schuhmachermeister Dölar von Basse wegen Tötung der 11jährigen Margarete Koschorred...

Der Adel

Bei dem Großvater des Angeklagten seinerzeit bestätigt worden, es liege aber ein Versehen des Heroldsamtes vor, und es sei jetzt festgestellt worden, daß die Führung des Adelsprädikats nicht berechtigt sei.

Der Angeklagte erklärt sein Einverständnis dazu, daß er in der Verhandlung nicht „von“ Basse genannt werde.

Aus der Vernehmung des Angeklagten über seine persönlichen Verhältnisse ergibt sich folgendes: Er ist am 14. Januar 1872 zu Dzierwa im Kreise Inowrazlaw geboren...

Margarete Koschorred,

die er bis dahin noch nicht kannte, vorbeigekommen sei. Er habe ihr gesagt, „sie möchte doch so gut sein und ein bißchen mit ihm nach hinten kommen“ und das Mädchen habe dieser Aufforderung auch Folge geleistet.

verbarg die Leiche

unter ihm; erst etwa vier Wochen nach der Tat, nämlich am 30. August, ist die Leiche durch eine Hausbewohnerin im Sandhaufen entdeckt worden.

Während der Erörterung der Einzelheiten der Tat wird die Deffinitivität ausgeschlossen. Es sind 24 Zeugen zu vernehmen.

geistig beschränkt.

Andere Zeugen schildern den Angeklagten als sehr fleißigen Mann, der manchmal die Nacht durchgearbeitet habe.

man ja überhaupt sehr viel.“ Auch ihr Vater habe stark getrunken. Er sei zur Zeit der Hochzeit tobüchtig gewesen und der Termin habe aus diesem Grunde verschoben werden müssen.

Wardprozess Medersky.

Die Schreckenstat eines Vaters, des Drechslers und Sändlers Artur Medersky aus Rixdorf, gelangte gestern im kleinen Schwurgerichtssaal vor dem Schwurgericht des Landgerichts II zur Verhandlung.

Unfrieden

gelebt. — Der Vorsitzende schildert nunmehr das unglückliche Eheleben zwischen dem Angeklagten und seiner Frau. Medersky habe als Drechsler keine Arbeit gefunden.

Kinder und sich selbst zu töten.

Am 17 Uhr ging er in das in demselben Hause belegene Lokal von Krieger und holte sich eine Flasche Bier und für 10 Pfennige Schnaps.

ein Unglück geschehen.

Mit einigen Gästen lief das A'sche Ehepaar sofort nach der Wohnung des Angeklagten. Hier herrschte eine unheimliche Ruhe; auf wiederholtes Klopfen wurde nicht geantwortet.

Partei-Angelegenheiten.

Vierter Wahlkreis (Südost). Am heutigen Dienstag spricht Genosse Adolf Hoffmann in der Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins bei Graumann, Raunynstraße 27, über „Glaube und Vernunft“.

Fünfter Wahlkreis. Heute Dienstag, abends 8 Uhr, erstattet Reichstags-Abgeordneter Genosse Robert Schmidt in den Rüsler-Sälen, Kaiser Wilhelmstraße 18m, in einer Volksversammlung seinen Rechenschaftsbericht...

Berliner Nachrichten.

Der Berliner Milchkrieg

schien eine Zeitlang nahe daran, völlig zu verpuffen, aber jetzt ist er aufs neue und um so heftiger entbrannt. Die Milchhändler wollen, um nicht den deutschen Agrariern Tribut zahlen zu müssen, Berlin mit dänischer Milch versorgen...

Am Sonnabend haben nun die Milchhändler in einer stark besuchten Versammlung gegen dieses Beginnen protestiert. Ihr Syndikus Rechtsanwalt Platau legte dar, daß der Milchzentrale jede Handhabe fehle, die Einfuhr dänischer Milch zu verhindern.

Wir hoffen, daß der angekündigte Strafantrag möglichst sofort gestellt und recht bald eine gerichtliche Klarstellung herbeigeführt wird. Das erscheint uns dringend notwendig im Interesse nicht der Milchhändler noch der Milchbauern...

Die Kindersterblichkeit in Berlin hat schon im ersten Drittel des Monats Juni (die Meldungen liegen vollständig erst bis zu dem dem 10. Juni endenden Woche vor) eine beträchtliche Höhe erreicht.

Eingemeindung von Tegeler Gebiet. Der Magistrat hat beim Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg beantragt, mit den städtischen Behörden und den zuständigen Instanzen zwecks Eingemeindung des der jetzigen Reichsgrenze zunächst belegenen Teiles vom Forstschußbezirk Tegel zu unterhandeln.

Der Schriftsteller Heinrich Michalski in Berlin, Herausgeber einer hiesigen Zeitschrift, ist wie man dem „Berl. Tglbl.“ aus Braunschweig meldet, wegen Wechselfälschung verhaftet worden.

Gewittersturm. Von den wiederholten Unwettern, die in den letzten Tagen hereingebrochen sind, war wohl das gestrige das gewaltigste. Geradezu vernichtende Wirkungen hat der Wirbelwind, der gestern abend kurz nach 8 Uhr tobte, verursacht.

